



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommalkongress der Bundes-KPV 2010 in Weimar:

Neue Kraft für Städte und Regionen

Auf dem zweitägigen „Kongress-kommunal“ der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Weimar erörterten Experten die Erfordernisse von Politik und Wirtschaft, um eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung sicherzustellen. Im Beisein von rund 500 Gästen wurde zudem der Leittrag „Neue Kraft für Städte und Regionen“ verabschiedet.

KPV-Bundesvorsitzender MdB Peter Götz wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch die kommunale Ebene mit voller Wucht treffe. Erstmals in der Geschichte des Landes müssten die Kommunen trotz einer kommunalfreundlichen Politik des Bundes

die Gewerbesteuer-Nachzahlungen von Unternehmen für 2009 aufgrund einer besseren Gewinnentwicklung als erwartet“, so der KPV-Vorsitzende.

Verlustrechnung

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble bekräftigte seine mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffene Vereinbarung, nur zusammen mit ihnen eine Veränderung im System der Gemeindefinanzierung durchzusetzen, wobei diese sowohl die Einnahmenseite als auch die Ausgabenseite umfassen solle. Er machte darauf aufmerksam, dass aufgrund der Umsetzung der neuen Rechtsprechung zur grenzüberschreitenden Verlustrechnung bei Unternehmen die Einkünfte aus der Gewerbesteuer künftig entschieden geringer ausfallen könnten. Diese Problematik käme erst auf die Kommunen zu und könne zu einem Umdenken führen. Doch bis zu einer Einigung auf ein neues Verfahren „bleibt alles beim Alten“, stellte Schäuble klar.

Der Minister plant, ab 2011 die kommunalen Finanzen stufenweise zu verbessern. So will der Bund den Kommunen zum Beispiel bei den Kosten der Unterkunft oder der Grundsicherung

entgegen kommen. Schäuble tritt für die kommunale Selbstverwaltung ein, die nur bei ausreichender Finanzausstattung funktioniert. Der Minister setzt sich für mehr Dezentralisierung ein. „Ein Durchbruch ist erst erreichbar, wenn wir nicht jeden Leistungsstandard bundesweit regeln“, so der CDU-Politiker. „Das Grundproblem unserer Demokratie“ bestehe jedoch darin, dass die Bürger höhere Ansprüche hätten, als sie zu zahlen bereit seien, konstatierte Schäuble.

Konkrete Wirkung

Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, wies darauf hin, dass die Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik des Bundes in den Kommunen erst richtig anschaulich wird: „Wenn durch Ortsumfahrungen die Innenstadt vom Durchgangsverkehr entlastet wird, wenn die re-

gionalen Unternehmen durch gute Verkehrsverbindungen gestärkt werden oder wenn mit unserer Förderung städtebauliche Missstände im Quartier behoben werden, geht das auf eine Entscheidung auf Bundesebene zurück. Aber erst vor Ort werden diese konkret und erlebbar.“

Wirksames Instrument

Die Städtebauförderung habe sich als wirksames Instrument bewährt, um den ostdeutschen Städten und Gemeinden bei der Bewältigung der enormen Aufgaben nach der Wiedervereinigung zu helfen, so Ramsauer. Durch die Unterstützung der Kommunen, Verbände und vor allem der Bundestagsabgeordneten seien die Einsparungen bei der Städtebauförderung trotz der enormen Sparzwänge geringer ausgefallen als zunächst geplant. Nächstes Jahr stünden 455 Millionen Euro dafür zur Verfügung.

Fünf separate Diskussionsforen, „Entwicklung der Städte und Regionen - Impulse für Politik und Wirtschaft“, „Gemeindefinanzreform - Aufgaben und Ausgaben auf dem Prüfstand“, „Stadt und Region im Wettbewerb - Infrastruktur und Daseinsvorsorge“, „Energiepolitik und Klimaschutz“ sowie „Stadtplanung und Wohnungsbau“, (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städtetag:

Resolution zur Finanzlage

Die anhaltende schwerste Finanzkrise der Städte seit Bestehen der Bundesrepublik ruft zahlreiche Stadtoberhäupter aus ganz Deutschland auf den Plan. In einer Mitgliederkonferenz des Deutschen Städtetages verabschiedeten deshalb rund 170 Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträte eine „Berliner Resolution der deutschen Städte zur kommunalen Finanzlage“.

Die Städte treten nach wie vor dafür ein, die Gewerbesteuer zu stärken. Eine Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen und ein Ausbau der Hinzurechnungen würden ihrer Auffassung nach auch die Chance eröffnen, den Gewerbesteuerbeitrag der bereits bisher Steuerpflichtigen zu reduzieren. Einer Veränderung des heutigen anhand von Schlüsselzahlen aufgeteilten Gemeindeanteils an der Einkommensteuer durch die Einführung eines Zuschlagsystems mit Hebesatzrecht stehen die Städte und Gemeinden nach eingehender Prüfung ablehnend gegenüber.

Infolge des bei jeder Modellvariante unausweichlichen Wegfalls der geltenden Höchstbeträge würden sich die Stadt-Umland-Probleme und die Probleme strukturschwacher Städte weiter verschärfen. „Die Grundsteuer muss nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts unverzüglich von Bund und Ländern im Einvernehmen mit den Kommunen reformiert werden, um diese Steuerquelle zu sichern“, heißt es in der Resolution.

Vollständige Übernahme der Grundsicherung

Die Absichtserklärung des Bundesfinanzministers, die Kommunen bei den Sozialausgaben in der Größenordnung von vier Milliarden Euro durch eine vollständige Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund zu entlasten, wird vom Städtetag begrüßt. Der Bund würde damit für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht nur die gegenwärtigen Kosten, sondern auch das Risiko künftigen Ausgabenwachstums übernehmen. Die Städte appellieren an den Bund, diese Kostenübernahme rasch zu realisieren. Diese überfällige Entlastung müsse unabhängig von den Re-

gelungen zur Einnahmenseite erfolgen.

Rechtsanspruch

Da diese Entlastung jedoch – bei dem absehbaren weiteren Wachstum der Sozialausgaben – in wenigen Jahren aufgezehrt sein werde, müssten die Städte darüber hinaus an ihren Forderungen festhalten, die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft an der tatsächlichen Ausgabenentwicklung zu orientieren sowie die Kosten-schätzungen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Finanzierung der fehlenden Mittel für den Rechtsanspruch sei durch Länder und Bund zu sichern.

„Neue Belastungen der Kommunen“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Peter Götz, MdB.

mit einem zweistelligen Milliardendefizit rechnen.

Erfreulicherweise zeichnet sich Götz zufolge jedoch eine Trendwende ab: Nach der Steuerschätzung werden die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden in diesem Jahr leicht um 700 Millionen Euro gegenüber 2009 steigen und insgesamt 69,1 Milliarden Euro betragen. Das sind 3,6 Milliarden Euro mehr als bisher prognostiziert. Erstmals seit Ausbruch der Wirtschaft- und Finanzkrise könne die Gewerbesteuer 2010 brutto um 2,1 Milliarden Euro zulegen. „Ursache dafür sind die gute wirtschaftliche Entwicklung und



In weiten Teilen Bayerns ist spätestens in diesen Tagen der Winter gestartet. Im Bild ein Steg in Prien am Chiemsee, wo wie vielerorts auch ein Weihnachtsmarkt jede Menge Besucher anlockt.

CSU will Bayern in die Zukunft führen

Landtagsfraktion legt ihr Konzept für die kommenden 15 Jahre vor

In einem Kongress im Plenarsaal des Landtags hat die CSU-Fraktion ihr Zukunftskonzept „Gemeinsam Bayern bewegen“ der Öffentlichkeit übergeben. In den Komplexen Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft, Gesellschaft und Staat wird aufgezeigt, wie die Mehrheitsfraktion und -partei das Land in zehn bis 15 Jahren entwickeln und die Führungskraft bleiben will. Das Konzept ist nicht abschließend, sondern soll im Dialog mit den Menschen und auch mit den Kommunen unter Beachtung der Leitlinien weiterentwickelt werden.

In der Basisdiskussion der letzten zehn Monate mit rund 5000 Menschen habe sich das Thema Bildung in seiner ganzen Breite vom Kindergarten bis zur Universität als das wichtigste bestätigt, berichtete Fraktionsvorsitzender Georg Schmid vor der Presse. Bei aller Einzelkritik habe sich ergeben, dass sich das be-

stehende Schulsystem bewährt habe, also nicht entscheidend verändert werden müsse. Es beruhe auf dem Grundsatz „keine Ausbildung ohne Abschluss und Anschluss“. Kindertageseinrichtungen sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden; dies in enger Vernetzung mit kommunalen Behörden, Arbeits-

agenturen, Sozialverbänden und sozialen Einrichtungen.

Kommunikationsnetz

Im Komplex Wirtschaft wird der Ausbau von Schienen- und Straßennetz anhand markanter, auch umstrittener Einzelobjekte dargestellt. Der Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen digitalen Netzes als Kommunikationssystem des 21. Jahrhunderts ist ein weiteres Ziel. Zur Rückgewinnung bereits verarbeiteter seltener Rohstoffe sollen neue Verfahren entwickelt werden. Die Kernenergie wird nicht eigens erwähnt, bleibt aber Diskussionsstoff. Im Umweltschutz soll Bayern eine führende Region Europas werden. Der CO 2 Aus-



Neues von Sabrina
Die Aufregung des Bürgermeisters kann unsere Vorzimmerperle gut verstehen: Wenn Wirtschaftswissenschaftler Bevölkerungspolitik ausschließlich mit dem Rechenschieber machen wollen, werden elementare Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht beantwortet. Immer diese Demographie!
Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | |
|---|---------|
| Breitbandanschluss wird Chefsache | Seite 2 |
| Finanzausgleich wird gering aufgestockt | 2 |
| Kommunale Verbände pochen auf mehr Freiheiten | 3 |
| In Bayern keine „Bettensteuer“ | 3 |
| Bundeshilfen unerlässlich | 4 |
| Verlängerung für beschleunigte Vergabeverfahren | 4 |
| GZ-Fachthemen: | |
| Wasser · Abwasser | 5/6 |
| Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV | 6/7 |
| Kommunalfahrzeuge · GaLaBau | 8/9 |
| Abfall | 9 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 10-12 |

Finanzausgleich wird geringfügig aufgestockt

Bayern gibt nächstes Jahr 71 Millionen Euro mehr - Spitzenverhandlungen zwischen Staat und Kommunen standen kurz vor dem Scheitern

Das Ringen um den kommunalen Finanzausgleich in Bayern hat einen hart erarbeiteten Kompromiss erbracht. Die reinen Landesleistungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke steigen 2011 gegenüber dem Vorjahr um 71 Mio. auf 6,374 Mrd. Euro, gleich 1,1% plus. Was die Bundesleistungen im FAG betrifft, will sich die Staatsregierung im Bundesrat für eine gesetzliche Entlastung der Kommunen von Sozialkosten einsetzen. Die vom Bundesfinanzminister zur Diskussion gestellte Neuregelung der Gewerbesteuer wird in München abgelehnt.

Finanzminister Georg Fahrenschon war in das entscheidende Gespräch mit den vier Spitzenverbänden mit dem Kabinettsbeschluss gegangen, den Staatshaushalt nächstes Jahr ohne Neuverschuldung auf der Höhe des Etats 2010 mit 42,3 Mrd. Euro zu halten, was Kürzungen aller Ausgaben bis hin zu den Beamtengehältern bedingt. Für den Finanzausgleich war ein Abstrich von rund 40 Mio. Euro vorgesehen. Die Kommunen gingen angesichts der steigenden Steuereinnahmen und ihrer Defizite mit einer Mehrforderung von rund 250 Mio. (1% in das Schlussgespräch im Münchner Finanzministerium. Statt vorgesehener drei wurde sieben Stunden mit mehreren Unterbrechungen zäh verhandelt. Der Kompromiss wurde perfekt, nachdem Fahrenschon mit dem Ministerpräsidenten telefonisch Rücksprache gehalten hatte.

Tragfähiges Ergebnis

Der Finanzminister und Innenminister Joachim Herrmann, der als Kommunalminister am Spitzengespräch teilnahm, zeigten sich zufrieden, dass „beide Seiten über ihre Kompromisslinien hinausgehen“ mussten, um zu einem „seriös tragfähigen Ergebnis“ zu kommen. Städtetagspräsident Hans Schaidinger als kommunaler Verhandlungsführer schlug die gleichen Töne an: Nachdem mehrfach ein Scheitern drohte, hätten die Kommunen ein besseres Ergebnis erzielt, als es der Staat zugestehen wollte, doch es sei „ein schlechteres als wir erhofft hatten“. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl sah das Positive darin, dass dieser Finanzausgleich „uns strukturell nach vorne bringt“. Auch Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl urteilte ähnlich: Es sei eine Perspektive für die weitere Entwicklung eröffnet worden. Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein begrüßte es, dass der oberen kommunalen Ebene unverändert 583 Mio. Euro und die Kommunen in der Lage blieben, die Bezirksumlage zu zahlen. Der Bund müsse sich stärker an den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beteiligen.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Schebler
97834 Birkenfeld
am 9.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Zölich
92717 Reuth b. Erbendorf
am 8.12.
Landrat Volker Liedtke
92421 Schwandorf
am 13.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Bernhard Böckeler
90584 Allersberg
am 10.12.
Bürgermeister Josef Würzinger
94130 Obernzell
am 10.12.

Bürgermeister Manfred Wolf
86438 Kissing
am 15.12.

Bürgermeister
Franz Parzinger
83301 Traunreut
am 15.12.

Bürgermeister
Dr. Karl-Heinz Preißer
92706 Luhe-Wildenau
am 16.12.

Bürgermeister Alois Ilmberger
85309 Pörsnbach
am 19.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thorsten Schwab
97840 Hafenlohr
am 12.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

wurde vereinbart, die Gelder für Straßenbau und -unterhalt mit 296 Mio. Euro sowie für den OPNV mit 68 Mio. Euro konstant zu halten. Die Mittel nach dem Entflechtungsgesetz für diese Aufgaben steigen um 31 Mio. auf 276 Mio. Euro. Die Investitionen bei Krankenhäusern und Abwasserversorgung werden „durch moderate Absenkung der Ansätze zeitlich gestreckt“. Für die Krankenhäuser fällt demnach die Zuweisung um 50 Mio. auf 450 Mio. Euro, beim Abwasser sinkt der Gesamtbetrag um 20 Mio. auf 121 Mio. Euro. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung steigen dagegen um 12 Mio. Euro auf 289 Mio. Euro. So werde auch bei wachsender Belastung der Kommunen eine durchschnittliche Erstattungsquote von 60% gehalten. Die allgemeinen Bedarfszuweisungen steigen um 4 Mio. auf 19,6 Mio. Euro.

Georg Winter (CSU), der als

Breitbandanschluss wird Chefsache

Bayerns Internetanschluss soll bis Ende 2011 zu 99 Prozent stehen

Wirtschaftsminister Martin Zeil hat im Landtag nochmals zugesichert, Bayern werde bis Ende 2011 zu 99 Prozent mit Breitbandanschlüssen versorgt sein. In welcher Leistung das Internet ausgestattet wird, bleibt unterschiedlich; mindestens werden es sechs Megabit sein. Der ländliche Raum und seine Kommunen bleiben Schwerpunkt der Förderung, für die der Freistaat heuer 47 Mio. Euro zur Verfügung stellt, von denen 42,2 Mio. Euro schon an bestimmte Projekte gebunden wurden. Zeil bestätigte, Ministerpräsident Horst Seehofer habe die Breitbandversorgung zur Chefsache erklärt. An den Landtag appellierte der Minister, die Staatsmittel auch im kommenden Etat in ausreichender Höhe zu beschließen.

Im Wirtschaftsausschuss gab Zeil einen Bericht, der im Grundsatz von den Fraktionen gebilligt wurde, wenn auch allseits von Schwierigkeiten bei der Verwirklichung in den Gemeinden die Rede war. Der Minister sagte die Hilfe der Bezirksregierungen und seines Hauses zu, das allein 3000 Beratungen durchgeführt habe. „Die Gemeinden werden nicht allein gelassen.“ Er widersprach nicht der Feststellung der Opposition, erst seit zwei Jahren sei Bewegung in die staatliche Breitbandpolitik gekommen. Allein heuer hätten 572 Gemeinden Förderbescheide erhalten. Etwa 100 weitere Anträge stünden vor der Bewilligung.

Digitale Dividende

In der Hälfte der Fälle entstehen über Glasfaser- und Richtfunkverbindungen „hochbitratige Breitbandinfrastrukturen von 6-16 Me-

gabit pro Sekunde“. Die Forderung nach immer höheren Bandbreiten sei eines der größten Hemmnisse. Einen weiteren wichtigen Beitrag zum Breitbandausbau werde die Digitale Dividende leisten. Das sind Frequenzen aus dem Rundfunkbestand. Mit den vier großen Netzbetreibern bestehe ein intensiver Dialog.

Glasfaserausbau

Diese waren im Ausschuss mit hochrangigen Experten vertreten. Dr. Christoph Clement von der Kabel Deutschland GmbH teilte mit, deutschlandweit erreiche seine Firma 68% der Haushalte, Bayern sei ein Schwerpunkt. Markus Haas von der 02 Telefonica mit Sitz München warnte vor dem Irrglauben, jede Gemeinde brauche einen Glasfaseranschluss. Dr. Hans-Martin Rummenhohl berichtete, die Deutsche Telekom betreibe sowohl Festnetz- als auch Mobilfunkausbau. Bayern habe hier einen überproportionalen Stellenwert.

Für Vodafone stellte Dieter Vogellhuber in Aussicht, bis spätestens Ende 2012 alle weißen Flecken beseitigt zu haben. Alle lobten die Zusammenarbeit mit der Staatsregierung.

Hilfe für kleine Gemeinden

Der wirklich gemeindenaher Ausbau wurde von den Sprechern der Fraktionen an Hand von Einzelbeispielen teilweise in Frage gestellt. Anette Karl (SPD) dankte zwar der Staatsregierung für deren Initiativen in den letzten zwei Jahren, forderte aber mehr konkrete Hilfe insbesondere für die kleinen Gemeinden. Stichwortartig nannte sie die Internetversorgung für medizinische Zwecke, für Bildung und für die Verwaltung. Sie wies darauf hin, dass die Nutzung von Radiofrequenzen im Grenz-

Vorsitzender des Haushaltsausschusses am Spitzengespräch teilnahm, bewertete den Kompromiss als Zeichen der Kommunalfreundlichkeit der Staatsregierung. Die Vorwürfe der Opposition liefen ins Leere, SPD-Finanzsprecher Volkmar Hartleib sprach von einem Minimalergebnis. Der Staatsregierung fehle das Gespür für die dramatische Finanzlage der Kommunen. Jetzt habe sie die Pflicht, deren Entlastung im Sozialbereich in der schwarz-gelben Bundesregierung umzusetzen. Christine Kamm (Grüne) verwies darauf, dass über 40% der Kommunen ihre Haushalte nicht oder nur mit erheblichen Eingriffen in die Substanz ausgleichen könnten. Es gehe auch nicht, dass der kommunale Straßenbau mit bis zu 85% der Kosten gefördert werde, Ganztagschulen aber nur zu 30%. Deutlich aus Landesmitteln aufzustocken sei auch der Sozialhilfeausgleich an die Bezirke.

Entscheidendes Wort

Nach der Kabinettsitzung am 21. Dezember wird die Staatsregierung den Gesamtetat 2011/12 im Entwurf dem Landtag zuleiten, der dann im kommenden Frühjahr das entscheidende Wort auch über den Finanzausgleich hat. **rm**

biet zu Tschechien noch nicht störungsfrei sei. Zeil versicherte, darum werde sich die Staatskanzlei kümmern.

Einzelkritik

Alexander Muthmann (FW) bezog sich auf die Tagung des Bayerischen Gemeindetags: „Da klang das alles ganz anders.“ Viele Gemeinden fühlten sich allein gelassen. Die Breitbandversorgung müsse indessen auch für größere regionale Räume gesichert werden. Eberhard Rotter (CSU) zeigte Verständnis für Gemeinden, wenn einzelne Ortsteile oder gar Straßenseiten für den Breitbandempfang ausgerüstet werden, andere jedoch nicht. Auch Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP) schloss sich bei allem Dank an den seiner Partei angehörenden Minister der Einzelkritik an. Lediglich die Grünen meldeten sich im Ausschuss nicht zu Wort. Die vier Experten sicherten Überprüfung der vorgelegten Einzelstreitfälle zu.

Kein Änderungsbedarf im Kommunalrecht

Grünen-Gesetzentwürfe abgelehnt - FDP sagt aus Koalitionsdisziplin Nein

In drei Fragen des Kommunalrechts sieht die Koalition im Landtag derzeit keinen zusätzlichen Änderungsbedarf. Es geht um das Informationsrecht der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte vor Sitzungen, um die Öffentlichkeit vorberatender Ausschüsse sowie um die Sitzuteilung an kleine Parteien oder deren gemeinsame Fraktionen in den Gremien. Die Grünen hatten dazu drei Gesetzentwürfe „zur Stärkung der kommunalen Demokratie“ eingebracht, die im federführenden Kommunalausschuss von den Koalitionsfraktionen abgelehnt wurden; von der FDP nur aus Koalitionsdisziplin.

Andreas Lorenz (CSU) bezog sich beim Nein auf die kommunalen Spitzenverbände. Sie sahen keinen aktuellen Veränderungsbedarf für Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung.

FDP begrüßt Initiative der Grünen

Jörg Rohde (FDP) dagegen begrüßte die Grünen-Initiative. Leider seien die entsprechenden Forderungen seiner Partei in den Koalitionsgesprächen nicht akzeptiert worden. Die FDP werde sich an die Vereinbarungen halten und die drei Gesetzentwürfe

Kommunalgipfel:

Wege aus der Krise

Experten und Entscheider diskutieren Alternativen für Planung, Finanzierung und Betrieb

Knappe öffentliche Mittel, steigender Sanierungsbedarf und demographischer Wandel stellen Kommunen vor immer größere Herausforderungen. Neue Ansätze für Erhalt und Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktur zeigten die Expertenvorträge des ersten Kommunalgipfels auf, der jüngst in Landshut stattfand. Das von der PCG GmbH ausgerichtete Forum gab den Besuchern zudem Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

„Wir wollen Verantwortlichen und Entscheidern im kommunalen Bauwesen Anregungen geben und Alternativen für Beschaffung und Finanzierung vorstellen“, beschrieb PCG-Geschäftsführer Dipl.-Ing. (FH) Marcus Hartl die Intention der Veranstaltung, die in diesem Jahr zum ersten Mal stattfand und auf positive Resonanz stieß.

Sanierungsbedarf

Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Sportstätten und Bäder, Verwaltungsgebäude, Kliniken – bundesweit sind immer mehr öffentliche Bauten sanierungsbedürftig. Vor allem Gebäude, die in den 70er Jahren errichtet wurden, belasten aufgrund ihres Zustandes Städte und Gemeinden. Ein weiterer Maßnahme-schwerpunkt ist die energetische Sanierung kommunaler Einrichtungen, die aufgrund neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen und steigender Energiekosten unausweichlich ist. Zugleich erfordert die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte es, neue Einnahmequellen zu erschließen.

Effizienzsteigerung

Für diese aktuellen Problemstellungen präsentierte der Kommunalgipfel mehrere Lösungsansätze, mit denen sich die Effizienz kommunaler Einrichtungen steigern lässt, ohne die Lebensqualität der Bürger zu schmälern. Die Fachbeiträge loteten das Potenzial von Maßnahmen wie Public Private Partnerships, Parkraumkonzepten oder nachhaltigem Immobilienmanagement aus. Für die Auftaktveranstaltung konnten die Veranstalter unter anderem Prof. Dr. Rolf Monheim gewinnen. Der international re-

nommierte Experte und langjährige Lehrstuhlinhaber für Angewandte Stadtgeographie befasste sich mit erfolgreicher Innenstadtlebung am Beispiel von Nürnberg und Regensburg.

Aus der Praxis für die Praxis

Konkrete Praxisbeispiele lieferten die Berichte über die Zentralisierung der Verwaltung im Landkreis Straubing-Bogen und PPP im City-Management der Stadt Passau. Weitere Themen waren rechtliche und finanzielle Aspekte von Beschaffungsverfahren und Investitionsentscheidungen rund um Bauvorhaben, die mit Mitteln der öffentlichen Hand finanziert werden. Die Eggenfelder BPM-Firmengruppe, zu der die PCG GmbH gehört, unterstützt hier die Kommunen als Partner von der Bedarfsanalyse bis zur Umsetzung und dem anschließenden Betrieb. Beispiele sind das Parkraummanagement für die Stadt Cham oder der Neubau des Krankenhauses in Bad Kötzing.

Gesundheitsgipfel Bayern

Bereits seit sieben Jahren in Folge veranstaltet BPM den „Gesundheitsgipfel Bayern“. Dieses Forum hat sich dank aktueller Themenvielfalt, die die Brennpunkte der Branche aufgreift, bei Referenten und Fachbesuchern als feste Größe etabliert. Der Kommunalgipfel entstand nach diesem bewährten Vorbild als Reaktion auf zahlreiche Anfragen aus dem kommunalen Bereich. Zum Abschluss der Auftaktveranstaltung zog Marcus Hartl ein positives Fazit: „Die Themen und Referenten sind bei den Fachbesuchern gut angekommen.“ □

Ausschussvorsitzender Erwin Huber (CSU) zog unter allgemeiner Zustimmung das Fazit: Bei allem Dank für die Bemühungen der Staatsregierung sei der Stand der Breitbandversorgung nicht li-

beral befriedigend. Es gebe Lösungen, die noch nicht den Erfordernissen entsprechen. Das bestätigte Zeil: Glasfasernetze auch in den kleinsten Gemeinden seien „finanziell nicht darstellbar“. **rm**

Ausschüsse müsse das gleiche Öffentlichkeitsrecht bestehen wie für das Gesamtgremium.

Inge Aures (SPD) unterstützte die Grünen, räumte jedoch ein, dass es „in den eigenen Reihen“ Bedenken gebe. Die Fraktion sei sich jedoch einig in der Zustimmung. Bernhard Pohl (FW) erachtete alle drei Vorschläge als sinnvoll.

Zeitnahe Reform des Kommunalwahlrechts

Die Frage, nach welchem System Sitze in den Kommunalparlamenten zugeteilt werden, wird indessen auch bei der Gestaltung eines zeitnahen Kommunalwahlrechts eine Rolle spielen. Der Landtag hatte dem Innenminister Ende Oktober mit Koalitionsmehrheit den Auftrag gegeben, dafür einen Kabinettsentwurf auszuarbeiten. Die nächste Kommunalwahl ist 2013 (s. GZ Nr. 21 vom 05.11.2010) **rm**

Preise der Bayerischen Landesstiftung:

Hilfe zur Selbsthilfe

Bei der Vergabe der diesjährigen Preise der Bayerischen Landesstiftung in München bedankte sich Finanzminister Georg Fahrenschon in Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die bereit seien, für den Dienst an der Gemeinschaft ihre Zeit, ihren Idealismus und ihre Fähigkeiten einzusetzen. „Quasi stellvertretend für den Dank an alle“ würdige die Bayerische Landesstiftung mit der Preisverleihung das herausragende Wirken von Einzelpersonen und Institutionen.

In der Regel fördert die Bayerische Landesstiftung nur einzelne abgegrenzte Vorhaben auf sozialem oder kulturellem Gebiet in Form der so genannten „Projektförderung“. Mit der zusätzlichen Verleihung von Preisen würdigt die Landesstiftung seit 1980 darüber hinaus hervorragende kulturelle und soziale Leistungen und seit 1985 auch herausragende Engagements auf dem Gebiet des Umweltschutzes von Einzelpersonen und Gruppen. Die Preise sind mit 30.000 Euro je Sparte dotiert.

Sozialpreis

Mit dem Sozialpreis wurden heuer das Projekt „Verein in Bewegung“ (Kooperation zwischen Bayerischer Landessportverband, Deutscher Kinderschutzbund, Bayerischer Fußballverband und der Sportjugendstiftung der Bayerischen Sparkassen), Anwalt des Kindes e.V. (Koordinierungsstelle für Verfahrensbeistandschaften in München) und Tür an Tür - miteinander wohnen und leben e.V. in Augsburg ausgezeichnet.

„Verein in Bewegung“ nimmt sich zentraler Themen wie Gewalt-, Sucht- und Gesundheitsprävention an und verstärkt auch der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Das Projekt ist eine modellhafte und couragierte Vernetzungsinitiative von Sozial- und Sportverbänden, mit dem gemeinsamen Ziel, diese wichtigen Themenfelder unserer Gesellschaft zu bewältigen.

„Anwalt des Kindes e.V.“ übernimmt seit mehr als zehn Jahren erfolgreich die Vermittlung, Ausbildung und Fortbildung von Verfahrensbeiständen und Umgangspflegern, die von Familiengerichten Kindern beigeordnet werden, deren Eltern sich trennen. Durch den Aufbau vertrauensvoller Kontakte zu den professionellen Beratern wird Kindern, die oft durch verbale, psychische oder körperliche Gewalt belastet sind, wirksam geholfen.

Der Verein Tür an Tür - miteinander wohnen und leben wurde 1992 gegründet, um in einer für Flüchtlinge schwierigen gesellschaftlichen Situation positive Impulse zu setzen. Das Ziel, Flüchtlinge nicht als Sozialfälle, sondern als Menschen mit persönlichen Schicksalen, die ihre Heimat und ihre Wurzeln verloren haben, zu sehen, hat in den vergangenen 18 Jahren nicht an Bedeutung verloren.

Mobilitätskompass

Umweltpreise gingen an das Pilotprojekt „Umweltfreundliches Rechenzentrum“ am Klinikum Kulmbach, den Landschaftspflegeverband VöF Kelheim sowie an die Stadt Weilheim für ihren Mobilitätskompass zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs und CO₂-Ausstoßes.

Das Klinikum Kulmbach hat vor einem Jahr im Rahmen eines Pilotprojekts sein Rechenzentrum modernisiert. Durch den

Einsatz nur noch einiger weniger Server wurden die Anschaffungs- und Energiekosten sowie der Aufwand für Speichermedien und Administration reduziert und dabei gleichzeitig die Datensicherheit erhöht. Neben dem wirtschaftlichen Nutzen profitiert auch die Umwelt von einem um 76.000 kWh pro Jahr geringeren Stromverbrauch im Rechenzentrum, der eine Einsparung von mehr als 45 Tonnen Kohlendioxid zur Folge hat.

Naturschutzfachliche Umsetzung

Der Landschaftspflegeverband VöF („Verein zur Sicherung ökologisch wertvoller Flächen“) Kelheim wurde 1985 als erster Landschaftspflegeverband in Bayern gegründet. Durch einen gleichberechtigten Zusammenschluss von Naturschützern, Landwirten und Kommunalpolitikern auf rein freiwilliger Basis zur praktischen Umsetzung naturschutzfachlicher Planungen und umweltverträglicher Landnutzungskonzepte wurden viele Türen geöffnet. Das gemeinsame Bündnis in Kombination mit dem Prinzip der Freiwilligkeit war letztlich der Schlüssel zum Erfolg. Der VöF leistet nicht nur einen Beitrag zum Arten- und Biotopschutz, sondern auch zum Erhalt der charakteristischen Kulturlandschaft. Das Naturschutzgroßprojekt „Altmühlleiten“ ist dafür ein herausragendes Beispiel mit bundesweiter Bedeutung.

„Mitdenken - mitreden - mitentscheiden“ - so lautet das Motto des Weilheimer Leitbildes zur Nachhaltigkeit, das Bürger der Stadt zwischen 2000 und 2002 im Rahmen der Agenda 21 entwickelt haben und das von Stadt und Stadtverwaltung konsequent gelebt wird. Der „Mobilitätskompass“ ist ein beein-

Seehofer gratuliert Bayerischem Umweltministerium zum 40. Geburtstag

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer kündigte in einer Videobotschaft zum 40. Geburtstag des Bayerischen Umweltministeriums an, dass Bayern weiter ein Vorreiter sein wird für Umwelt- und Klimaschutz in Deutschland.

Seehofer: „Der Umwelt- und Klimaschutz wird wesentlicher Bestandteil unseres neuen Zukunftsprogramms ‚Aufbruch Bayern‘ sein. Denn Zukunft gewinnen, heißt für uns nicht nur Investitionen in Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch Innovationen für Umwelt- und Klimaschutz. Wir wollen nicht Wachstum um jeden Preis, sondern intelligentes Wachstum für gesunde Luft, sauberes Wasser und höchste Lebensqualität in Bayern.“

Umweltschutz hat Verfassungsrang

Meilensteine für den erfolgreichen Umwelt- und Klimaschutz in Bayern sind laut Seehofer: „Als erstes Land hat Bayern in Deutschland dem Umweltschutz Verfassungsrang gegeben und ein eigenes Naturschutzgesetz erlassen. Das erste Umweltministerium in Europa wurde im Freistaat eingerichtet. Der Nationalpark Bayerischer Wald ist der älteste Nationalpark in Deutschland. Und besondere Pionierarbeit leistet der Freistaat seit vielen Jahren beim kooperativen Naturschutz. Allein seit 2000 wurden dafür weit über 1,5 Milliarden Euro investiert.“

Heute sind, so Seehofer, über 30 Prozent der Landesfläche als Schutzgebiet ausgewiesen und der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ in Bayern liegt um ein Drittel niedriger als im Bundesdurchschnitt. „Auf dieser Erfolgsbilanz können und werden wir in Bayern im engen Schulterschluss mit allen Bürgerinnen und Bürger, die sich in unserem Land in vorbildlicher Weise für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen, weiter arbeiten.“

Der Ministerpräsident betonte: „Umweltschutz ist für Bayern keine Pflicht, sondern Herzensanliegen. Bayern ist Vorreiter im Umweltschutz - damals wie heute.“

Seehofer dankte ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltministeriums. Seehofer: „Dass Bayern beim Klima- und Umweltschutz so modern ist, wie kein anderes Land, ist auch ein großer Verdienst des Bayerischen Umweltministeriums, das seit 1970 Maßstäbe im Umweltschutz setzt.“ Die Videobotschaft Seehofers zum 40. Geburtstag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit ist unter www.bayern.de/abruflbar.

druckendes Beispiel dafür, wie dieses von Bürgern entwickelte Leitbild umgesetzt wurde. Mit dem an alle Weilheimer Haushalte verteilten Kompass werden den Bürgern vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie auch ohne eigenes Auto ihre Ziele bequem erreichen können.

Der Mobilitätskompass beschränkt sich aber nicht nur auf das Stadtgebiet Weilheim, sondern bietet darüber hinaus auch Alternativen an, wie Ziele im Umland umwelt- und klimafreundlich erreicht werden können. Erste Erfolge des Mobilitätskompasses zeigten sich

rasch: Nach kürzester Zeit wurden Stadtbuss und Car-Sharing stärker genutzt.

Mit dem Kulturpreis wurden schließlich der international bekannte Saxophonist Klaus Kreuzeder, die Hofer Symphoniker sowie der Intendant und Regisseur Christian Stückl geehrt. **DK**

In Bayern keine „Bettensteuer“

Koalition gegen zusätzliche Belastung des Übernachtungsgewerbes

Der Landtag ist gegen die Einführung einer kommunalen Steuer auf Übernachtungen. Ein entsprechender Antrag von CSU und FDP ist im federführenden Kommunalausschuss gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Freien Wähler beschlossen worden.

Die Koalitionsfraktionen waren gegen eine „Bettensteuer“, weil sie den Zielen der Bundesregierung entgegenwirken würde, das heimische Beherbergungsgewerbe im internationalen Vergleich konkurrenzfähig zu machen und zu halten.

Dringlichkeitsantrag

„Aufhänger“ des Dringlichkeitsantrags war eine Initiative der Landeshauptstadt München. Sie hatte der Regierung von Oberbayern eine Satzung über die Erhebung einer Aufwandssteuer für Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben vorgelegt, die Ende Oktober abgelehnt wurde. Die Stadt hat dagegen

Klage erhoben. Im Ausschuss verwies Angelika Schorer (CSU) darauf, eine neue Steuer würde den Bestrebungen des Bundes und Landes zuwiderlaufen, wie sie im Wachstumsbeschleunigungsgesetz von 2009 und in der Senkung der Umsatzsteuer für das Gaststättengewerbe zum Ausdruck kamen. Entsprechend äußerte sich auch Jörg Rohde (FDP). Die Senkung der Umsatzsteuer habe zwar zu Einnahmefällen bei den Kommunen geführt, die jedoch in keinem Vergleich zur Belebung der Wirtschaft stünden und damit auch zum Steueraufkommen der Kommunen.

Dem trat Reinhold Perlak (SPD) entgegen. Jede Stadt oder

Gemeinde werde genau überlegen, ob sie eine neue Steuer einführen sollte.

Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden

Im Interesse des Selbstverwaltungsrechts sei ihnen die Entscheidung zu überlassen. Dem schloss sich Christine Kamm (Grüne) an. Bernhard Pohl (Freie Wähler) fand sich im Zwiespalt. Einerseits würden einheimische Übernachtungsbetriebe zusätzlich, wenn auch gering, belastet, andererseits sei er für das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen auch bei den Steuern und Abgaben. Für seine Fraktion enthielt er sich der Stimme. Zunächst solle man die Entscheidung des Verwaltungsgerichts im Rechtsstreit Münchens gegen die Regierung von Oberbayern abwarten. **rm**

Kommunale Verbände pochen auf mehr Freiheiten

Das neue Landesentwicklungsprogramm soll die Subsidiarität stärken

Wo Landkreise, Städte und Gemeinden ihre Probleme selbst lösen können, soll sich der Staat weitgehend zurückhalten. Das neue Landesentwicklungsprogramm für Bayern soll deshalb strikt an den Grundsätzen der Subsidiarität ausgerichtet werden, wobei die Kommunen und Regionen eine besondere Stärkung erfahren sollen. Das ist die zentrale Forderung der kommunalen Spitzenverbände und Regionalen Planungsverbände in Bayern, die bei einem Informations- und Gedankenaustausch zwischen Kommunalpolitikern, Landtagsabgeordneten und Vertretern der Bayerischen Staatsregierung in München erhoben wurde. Zu dem Treffen im Haus des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. eingeladen hatte der Sprecher der Regionalen Planungsverbände in Bayern, Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl.

„Mit der aktuellen Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes sowie der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern haben wir die Chance, uns frühzeitig in den Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis einzubringen. Wir wollen die Weichenstellungen aktiv mitgestalten“, so Steinmaßl. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in der jeweiligen Region müssten dabei im Mittelpunkt stehen. Deshalb müssten Entbürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung die entscheidenden Leitlinien sein. Steinmaßl: „Flächendeckende Regelungen bis ins letzte Detail passen weder in die schnelllebige Zeit noch in ein so großes Land wie Bayern.“

Weniger Staat

Als Vertreter der bayerischen kommunalen Spitzenverbände plädierten auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags,

Miesbachs Landrat Dr. Jakob Kreidl sowie Reiner Knäusl vom Bayerischen Städtetag und Dr. Franz Dirnberger vom Bayerischen Gemeindetag für weniger Staat und mehr kommunale Verantwortung. Die Planungsverbände müssten gestärkt werden, damit sie wieder auf gleicher Augenhöhe mit dem Staat agieren und ihre überörtlichen Aufgaben erfüllen könnten, so die Forderung. Den anwesenden Landtagsabgeordneten Markus Blume (CSU), Annette Karl (SPD) und Professor Dr. Georg Barfuß (FDP) gaben sie konkrete Denkanstöße zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land mit auf den Weg.

So sollten zumindest Hochschulstädte aus der Zweitwohnungssteuer-Regelung herausgenommen werden, um den übermäßigen Wegzug junger Menschen aus ländlichen Gebieten zu mindern. Zudem sollten auch in ländlichen Gemeinden Einzelhandelsgrößen bis 1.200 Qua-

dratmeter möglich sein, das Anbindegebot für neue Gewerbegebiete gelockert und die Experimentierklausel für neue Verwaltungsverfahren sofort freigegeben werden. Dr. Robert Schreiber, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, kündigte an, dass sein Haus schon bis Ende des Jahres einen ausformulierten Vorschlag für ein neues Landesentwicklungsprogramm vorlegen werde. Danach werde eine breite Beteiligung der Spitzenverbände erfolgen.

Infrastrukturplanung

Viel Aufmerksamkeit und Beifall fand ein Grundsatzreferat von Ministerialdirektorin Oda Scheibelhuber vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur demographischen Entwicklung der bayerischen Regionen. Eine Besonderheit des demographischen Wandels sei das gleichzeitige Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungprozessen. „Daraus ergeben sich große Herausforderungen für eine koordinierte Infrastrukturplanung und für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Viele dieser Probleme betreffen insbesondere die Städte und Gemeinden. Die kommunale Ebene braucht deshalb ausreichend Mittel und Gestaltungsspielräume, um sie ausreichend zu bewältigen“, so die Referentin. **□**



Bayerische Landessiedlung®

Alles aus einer Hand
Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

SGK-Bundesdelegiertenversammlung in Bremen:

Bundeshilfen unerlässlich

Die wichtige Rolle der Kommunen bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts war eines der zentralen Themen der Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Bremen, an der 600 Kommunalpolitiker und Gäste teilnahmen. Weitere thematische Schwerpunkte lagen auf den Themen „Kommunalfinanzierung“ und „Daseinsvorsorge“.

Die Bundes-SGK forderte den Bund auf, die Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten und die Gewerbesteuer weiterzuentwickeln. Wie Stephan Weil, amtierender Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Hannover, erklärte, gefährde die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen den Zusammenhalt in den Kommunen. „Wenn wir Kindern und Jugendlichen eine faire Chance geben wollen, dann müssen die Städte, Gemeinden und Kreise mehr Geld zur Verfügung haben“, so Weil.

Grundsicherung

Der Vorsitzende rief die Bundesregierung dazu auf, auf der Grundlage des im November stattgefundenen Gesprächs der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Bundesfinanzminister die Gemeindefinanzkommission zum Erfolg zu führen. Insbesondere müsse die Grundsicherung im Alter vollständig vom Bund getragen werden, um für die Kommunen wieder Handlungsspielräume zu erlangen. „Die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen der abschließenden Beratung des Bundeshaushaltes 2011 seien ein wichtiger erster Schritt zur Verbesserung der Kommunalfinanzierung.“ Hier können CDU, CSU und FDP mit der Bundeskanzlerin an der Spitze beweisen, dass auch sie zu den Kommunen stehen“, betonte Weil.

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel stellte klar, dass die SPD keine Vorschläge zum Ersatz oder zur Abschaffung der Gewerbesteuer mittragen werde: „Hände weg von der Gewerbesteuer und Weg mit dem Vorschlag eines Hebesatzrechts der Kommunen auf die Einkommensteuer! Die Gewerbesteuer muss durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern noch weiter gestärkt werden. Wir werden nicht die Hand dafür heben, dass die Kommunen über ein Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer die Bürger belasten müssen.“

Rekommunalisierung

Die Bundes-SGK verabschiedete anschließend Positionspapiere zu aktuellen kommunalpolitischen Themen. So plädiert sie unter dem Titel „Öffentliche Daseinsvorsorge sichert Lebensqualität“ u. a. dafür, die Chancen einer kommunalen Aufgabenwahrnehmung zu nutzen. Für eine kommunale Aufgabenwahrnehmung spreche, dass der kommunale Eigentümer über die Möglichkeit verfügt, Gemeinwohlinteressen zu verwirklichen, solange kommunale Unternehmen und Einrichtungen effizient sind. Deshalb sollten Kommunen prüfen, ob sie in der Vergangenheit privatisierte Aufgaben rekommunalisieren können.

Wertschöpfung

Für eine kommunale Aufgabenwahrnehmung spreche auch die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch den Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung neuer standortrelevanter Ge-

schäftsfelder durch kommunale Unternehmen und Einrichtungen sowie durch die Vergabe von Aufträgen der Kommunen und Kommunalwirtschaft an lokale und regionale Zulieferer, Handwerker und Dienstleister. Für eine kommunale Aufgabenwahrnehmung spreche zudem, dass kommunale Gesellschafter auf eine arbeitnehmerfreundliche Politik in den Unternehmen und Einrichtungen einwirken können. Dabei seien auch öffentliche Arbeitgeber gezwungen, im Wettbewerb mit privaten Unternehmen zu bestehen. Dieser Konflikt äußere sich z. B. in un-

Verlängerung für beschleunigte Vergabeverfahren

Bayern hat die Sonderregelungen zur beschleunigten Umsetzung der Konjunkturpakete aus dem Jahr 2009 für Kommunen bis zum 30.06.2011 verlängert.

Dazu Innenminister Joachim Herrmann: „Mit der Einführung der Beschleunigungsmaßnahmen im Frühjahr 2009 haben wir alles dafür getan, dass die kräftigen konjunkturellen Impulse ganz schnell in konkrete Baumaßnahmen münden konnten. Kein Land ist besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als Bayern. Mit neuen Wertgrenzen für Ausschreibungen und einer Verkürzung der Vergabefristen für die Jahre 2009 und 2010 haben wir damals in Bayern erfolgreich die Weichen für einen schnellen Start der Investitionen bei den Kommunen gestellt. Mit der nun beschlossenen Verlängerung dieser Maßnahmen geben wir den Kommunen frühzeitig und zuverlässig die notwendige Rechtssicherheit, um einerseits die Konjunkturprogramme wirksam abzufinanzieren und andererseits auch für sonstige Investitionen der Kommunen Vereinfachungen zu schaffen.“

Karten und Statistiken

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat mit „INKAR 2010“ wieder aktuelle Daten, Karten und Grafiken zu den Lebensbedingungen in Deutschland und Europa veröffentlicht. Ob Haushaltseinkommen oder Abiturientenanteil, ob Betreuungsangebot für Kleinkinder oder Beschäftigte in Hightech-Branchen - die mehr als 500 Indikatoren der diesjährigen Ausgabe legen umfassend die Standortqualitäten der 413 Landkreise und kreisfreien Städte in der Bundesrepublik offen.

INKAR 2010 ist damit wieder eine verlässliche Informationsquelle für Lehrer, Journalisten, Marktforscher sowie Mitarbeiter in Verwaltung, Politik und Verbänden. Die CD-ROM kann zum Preis von 45 Euro beim BBSR oder im Buchhandel bestellt werden. **INKAR - Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, Ausg. 2010 CD; ISBN 978-3-87994-777-5**

Weitere Information unter: selbstverlag@bbr.bund.de

terschiedlichen Tarifen für öffentliche Unternehmen einerseits und private Unternehmen andererseits. „Hier gilt es, sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für faire Tarife in beiden Bereichen einzusetzen.“

Gemeindefinanzrecht

Darüber hinaus ist die Bundes-SGK der Auffassung, dass die Diskriminierung der öffentlichen wirtschaftlichen Betätigung durch das Gemeindefinanzrecht beendet werden muss. „Das auf Länderebene fixierte Gemeindefinanzrecht greift weit in wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen ein, wenn sie z. B. in den so genannten Subsidiaritätsklauseln den Vorrang des Privaten vor dem Kommunalen festlegen, so dass eine kommunale wirtschaftliche Betätigung nur dann erfolgen dürfe, wenn dieses nicht genauso gut oder besser durch einen Privaten geschehen könne. Die Gemeindeordnungen reichen in ihren damit verbundenen wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen weiter als der europäische Rechtsrahmen, in dem das Neutralitätsprinzip der EU gegenüber der Wirtschaftsform in den Mitgliedsstaaten betont wird“, heißt es in dem Papier.

Gleichberechtigte Teilhabe

Es gehe nicht darum, in funktionierenden Bereichen des Marktes durch öffentliche wirtschaftliche Betätigung privaten Unternehmen unlautere öffentliche Konkurrenz zu machen. Jedoch sei sicherzustellen, „dass dort, wo in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge zum

Resolution zur...

(Fortsetzung von Seite 1) Kommunen dürfen nicht mehr ohne finanziellen Ausgleich beschlossene werden“, heißt es weiter. Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ sei strikt zu beachten. Das kürzlich ergangene Urteil des Verfassungsgerichts in Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes mache deutlich, dass dabei den Ländern eine besondere Verantwortung zukommt - sowohl in der Gesetzgebung des Bundes als auch bei der Umsetzung von Bundesgesetzen in den Ländern.

Konnexität

„Im Verhältnis von Bund und Kommunen konnte die Rechtsnorm der Konnexität nicht durchgesetzt werden. Umso wichtiger ist es, dass der Konnexitätsgrundsatz zur politischen Norm in den Beziehungen zwischen Bund und Kommunen wird“, mahnen die Städte an. So ist es für die Kommunen nicht hinnehmbar, dass sie zeitgleich zu den Beratungen in der Gemeindefinanzkommission durch neue Belastungen und Mittelkürzungen des Bundes in dreistelliger Millionenhöhe belastet werden. Zu nennen seien hier vor allem die Kosten durch veränderte Hinzuverdienstgrenzen im Sozialgesetzbuch II (SGB II bzw. Hartz IV), die Abschaffung des Wohngeldes für Kinder von Langzeitarbeitslosen und die Kürzung der Städtebauförderung. Diese Maßnahmen müssten korrigiert bzw. gegenüber den Kommunen finanziell ausgeglichen werden.

Um eine weitere Belastung der

Teil weitgehend liberalisierte Märkte geschaffen worden sind, eine gleichberechtigte Teilhabe der öffentlichen Unternehmen am Wettbewerb gewährleistet wird und bei Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge den Kommunen der Gestaltungs- und Handlungsspielraum gegeben ist, um auch eigene Organisationsformen zur Sicherung der Aufgaben aufbauen zu können.“

Kommunale Daseinsvorsorge

Als notwendig erachtet die SGK auch die Anerkennung der kommunalen Daseinsvorsorge durch die EU. Das EU-Vergaberecht müsse geändert werden. Neben einer Klarstellung, dass die interkommunale Zusammenarbeit insgesamt um europäischen Vergaberecht freizustellen ist, müsse auch eine ausdrückliche normative Regelung erfolgen, die eine direkte Beauftragung gemischtwirtschaftlicher Unternehmen zulässt. Hinsichtlich der Anwendung des EU-Beihilferechts müssten bestehende Unklarheiten in der Abgrenzung zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Bereichen sowie bei der Frage der Binnenmarktrelevanz von Dienstleistungen beseitigt werden.

Zweckbindung erhalten

Im Interesse einer flächendeckenden und allen Bevölkerungsgruppen zugänglichen Versorgung mit Finanzdienstleistungen setzen sich die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker schließlich für eine Stärkung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen im deutschen Bankensystem ein. Hierzu gehöre auch, die öffentliche Zweckbindung der Sparkassen zu erhalten. Die Bundes-SGK spricht sich nachdrücklich gegen die Möglichkeit einer Bildung von Stammkapital und dessen Übertragbarkeit sowie gegen jegliche Form der Privatisierung aus. **DK**

Kommunen zu verhindern, seien die kommunalen Spitzenverbände verlässlich an der Gesetzgebung zu beteiligen. Der Deutsche Städtetag bekräftigt seine Forderung, ein Anhörungsrecht der Kommunen im Grundgesetz zu verankern. Von besonderer Bedeutung sei eine belastbare und transparente Abschätzung der Kostenfolgen von kommunalrelevanten Gesetzen. Die Gemeindefinanzkommission müsse hier zu Ergebnissen kommen.

Förderung

Die Städte treten dafür ein, gemeinsam mit Bund und Ländern neue Schwerpunkte in der Sozialpolitik zu setzen. „Ziel aller Verantwortlichen muss es gerade im Interesse der auf Unterstützung angewiesenen Menschen sein, nicht nur Bedürftigkeit zu finanzieren, sondern sie frühzeitig zu vermeiden bzw. sie zu überwinden. Hohe Aufmerksamkeit muss der Förderung aller Kinder gelten, gerade auch der Kinder von Familien mit besonderen Problemen, die diese Unterstützung selbst nicht leisten können.“

Gemeinsamer Pakt

Die Städte regen einen gemeinsamen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen an mit dem Ziel, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss und damit ohne die Mindestvoraussetzung für den Einstieg in die berufliche Ausbildung die Schule verlässt. Der Deutsche Städtetag wird hierzu eine Initiative ergreifen. Chancenlosigkeit dürfe künftig keine Chance mehr haben. **DK**

CSU will Bayern...

(Fortsetzung von Seite 1) stoß soll mittelfristig von heute sechs auf deutlich unter fünf Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden. Energieautarke Kommunen sind als Vorbilder auszuzeichnen.

Feinkostladen Deutschlands

In der Landwirtschaft ist laut Konzept die Marke „Bayern“ als weltweites Qualitätssiegel für Lebensmittel zu stärken. Für Milchbauern soll der Markt lukrativer gemacht werden. Das „unternehmerische Potential“ von Nebenerwerbslandwirten wird bei „Urlaub auf dem Bauernhof“, bei Landschaftspflege, kommunalen Dienstleistungen oder in der Direktvermarktung unterstützt. „Wir sind der Feinkostladen Deutschlands“, konstatierte Schmid.

Zum Stichwort „Gesellschaft“ gehört die Forderung, den Wohnungsmarkt nach den Anforderungen altersgerechten Wohnens auszurichten, zum Beispiel durch „Wohnungs-WGs“. Freiwilligenagenturen sollen Dienste vermitteln und zusätzlich Helfer engagieren. Alters- und Pflegeversicherung sind von Bedeutung. Vollkommene Gleichstellung der Frauen bleibt Ziel der Christsozialen. **rm**

Neue Kraft für...

(Fortsetzung von Seite 1) letzterer unter der Leitung von Aschaffenburgs Landrat Dr. Ulrich Reuter - bildeten einen weiteren wichtigen Bestandteil des Kommunalkongresses. Wie Reuter bilanzierte, gibt es zum Teil große Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern seien schon jetzt die Folgen der Entvölkerung sichtbar, da immer mehr junge Menschen vom Land in die Stadt bzw. in ein anderes Bundesland abwandern. Als besonders wichtig nannte Reuter den Erhalt preiswerten Wohnraums in den Städten. In diesem Zusammenhang sei jedoch der Bestandsschutz manchmal hinderlich.

Selbstverwaltung als Innovationsmotor

Mit dem Beschluss „Neue Kraft für Städte und Regionen“ endete der Kongress. „Darin fordert die Bundes-KPV, „dass kommunale Selbstverwaltung mehr denn je Innovationsmotor und Kern aktiver Bürgergesellschaft sein muss“. Die Kommunalpolitiker der Union wollen sich deshalb vor Ort für eine zukunftsfähige Politik einsetzen, die sich vorausschauend mit den strategischen Fragen und der langfristigen Steuerung der Entwicklung der Städte und Regionen beschäftigt.

Spannungsverhältnis

Im Spannungsverhältnis von Rat und Verwaltung, von direkt gewählten (Ober-) Bürgermeistern/Landräten und ehrenamtlicher Kommunalpolitik gelte es, die Kräfteverhältnisse immer wieder neu auszurichten. „Wollen wir in Zukunft weiterhin kompetente Bürgerinnen und Bürger, die möglichst breit das Gesellschaftsspektrum abbilden, für die ehrenamtliche Kommunalpolitik gewinnen, so müssen wir den Einfluss und den Gestaltungsspielraum zurückerobern“, heißt es in dem Leittrag, der folgende Kernthesen beinhaltet:

Kernthesen des Leittrags

1. Gemeinde- und Stadtentwicklung ist Kernaufgabe der Kommunalpolitik

Auf staatlicher Ebene sind die Sicherheitsbehörden gegen neue Herausforderungen zu wappnen. Aufgaben und Ausstattung der zuständigen Stellen und Organe sollen in der Zusammenarbeit verstärkt und „der Bedrohungslage angepasst“ werden. Für die Sicherheit insbesondere der Wirtschaft werde das Internet als Kommunikationsorgan des 21. Jahrhunderts seine Rolle spielen. Zu stärken sei auch die Stellung der Länder im Bund und in Europa. Dem Landtag sollen die Entscheidungskompetenzen über Steuern, die dem Freistaat unmittelbar zufließen, vom Bund übergeben werden.

Qualitätsdebatte

Schmid gab offen zu, in den Basisgesprächen habe man gespürt, dass vieles zu bewegen sei und die CSU vor allem in der Bildung „viel tiefer hineingehen müsse“. Es sei jedoch keine System-, sondern überwiegend eine Qualitätsdebatte gewesen. So werde man den Dialog auch weiterführen. Ministerpräsident und Parteichef Horst Seehofer sei und bleibe „voll eingeschaltet“. Das Zukunftskonzept wird in einer 60 Seiten starken Broschüre allen zur Verfügung gestellt. **rm**

- Handlungsfähigkeit für das kommunale Ehrenamt herstellen
- Kommunalpolitik ertüchtigen statt bevormunden
- Förderpolitik konzentrieren
- Bund steht bei der Neuordnung der Gemeindefinanz in der Pflicht
- Strategien für die kommunale Daseinsvorsorge durchsetzen
- Energie effizient einsetzen statt Ressourcen verschwenden.

Regionale Anpassung

Mit Blick auf die Neuordnung der Gemeindefinanz wird darauf verwiesen, dass bestehende Leistungsgesetze des Bundes hinsichtlich ihrer Kostenwirkung bei den Kommunen analysiert und quantifiziert werden müssen. Für die vom Bund veranlassten und gesetzlich geregelten Sozialbereiche sind die Ausgaben für verringert oder ist eine höhere Beteiligung des Bundes notwendig. Die bestehenden Leistungsgesetze sind an die unterschiedlichen regionalen Lebensbedingungen anzupassen. Den Ländern sollte die Möglichkeit eröffnet werden mehr vor Ort zu gestalten und individuell zu entscheiden.

Gemeindeanteil der Einkommenssteuer

Die Einwohner finanzieren über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer schon heute die Gemeinden und Städte. Die KPV prüft, den prozentualen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch ein gemeindeeigenes Hebesatzrecht auf diesen Teil zu ergänzen. Die Gewerbesteuer soll durch ein Hebesatzrecht auf den Erfolg der wirtschaftlichen Aktivitäten insgesamt erweitert werden.

Angewendet werden soll dies auf die Überschüsse der Einnahmen über die Werbungskosten bzw. die Gewinne bei den Einkünften aus gewerblicher Tätigkeit, freiberuflicher Tätigkeit, Vermietung und Verpachtung, sofern sie den Charakter der Vermögensverwaltung überschreiten, sowie Land- und Forstwirtschaft. Eine Beschränkung der Gewerbesteuer auf Gewinne ohne jede Hinzurechnung ist solange abzulehnen, solange nicht ein adäquater Ersatz vereinbart ist. **DK**

Bayerischer Heilbädertag in Bad Griesbach:

Taten statt Worthülsen

Beim 64. Bayerischen Heilbädertag in Bad Griesbach wurde deutliche Kritik von Seiten des Bayerischen Heilbäder-Verbands an der Politik laut. Der BHV erwarte „nicht nur leere Worthülsen“ zur Unterstützung der Kurorte und Heilbäder, sondern „konkrete Taten“, so der 1. Vorsitzende Klaus Holetschek. Ständig werde die Wichtigkeit von Rehabilitations- und vor allem auch von Präventionsmaßnahmen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung für ein gesundes Altern betont, allerdings blieben bislang konkrete wirksame Initiativen und Impulse aus.

Die bayerischen Kurorte und Heilbäder machten deutlich, dass sie weiter sinkende Zahlen sinnvoller und effektiver Präventionsmaßnahmen wie der ambulanten Kur nicht widerstandslos hinnehmen werden. So bürdeten die Krankenkassen durch pauschale Ablehnung von Kuranträgen den Bürgern die Kosten von Gesundheitsvorsorgemaßnahmen auf und die Politik lasse sie trotz Verankerung der Prävention im Koalitionsvertrag gewähren, meinte Holetschek, der allerdings auch lobende Worte für die Unterstützung des Bayerischen Wirtschafts- sowie Gesundheitsministeriums fand.

Fehlerhafte Angaben

Laut Holetschek ist die Zahl der von den Kassen unterstützten ambulanten Kuren von ihrem Höchstwert mit 800.000 auf 90.000 Kuren im Jahr 2009 gefallen. Besonders ärgerlich sei auch die Tatsache, dass die Krankenkassen offensichtlich ihrer Statistikpflicht zur Angabe von Kurablehnungen nicht nachkommen und sogar fehlerhafte Angaben beim Bundesgesundheitsministerium einreichen. „Wir können uns da nicht mit dem Nasering über die Wiese ziehen lassen“, machte der Vorsitzende seinem Unmut Luft und forderte deshalb eine bundesweite Verbraucherschutzstelle.

Megatrend

Der BHV müsse kampagnenfähig werden, aktive Überzeugungsarbeit leisten und die ausgezeichnete Qualität sowie medizinische Expertise aktiv nach außen tragen. „Wenn von der Gesundheitsregion Bayern die Rede ist, dann sind das wir“, stellte Holetschek klar und verwies dabei auch auf die ausstehende Umsetzung einer versprochenen Kurkampagne durch das Bundesgesundheitsministerium. Schließlich gehe es beim Thema Kur nicht nur um die wichtige Gesundheitsförderung der alternden Gesellschaft, sondern es handle sich vielmehr um einen Megatrend mit großer wirtschaftlicher und umweltpolitischer Gesamtreichweite. So werden durch das Kurwesen allein in Bayern 100.000 Arbeitsplätze ermöglicht, die Infra-

struktur im Flächenland Bayern gefördert, die Kulturlandschaft bereichert, sowie die Natur nachhaltig geschützt.

Gesundheit als Kult

Neben der enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Kur zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Kulturangeboten – gerade auch in Bayern – komme ihr vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland eine besondere Rolle zur Prävention und Rehabilitation zu, stellte Widmann-Mauz fest. Gesundheit müsse im wahrsten Sinne des Wortes „Kult“ werden.

Kurorte und Heilbäder mit ihren Thermen und Kliniken

seien aufgrund der hohen Qualitätsstandards und umfassenden Expertise besonders dafür prädestiniert, eine effektive Gesundheitsförderung in Deutschland zu gewährleisten und das Gesundheitsbewusstsein jedes Einzelnen zu stärken. Dies habe die Politik nicht nur erkannt, sondern das Thema habe große Aufmerksamkeit beim Bundesminister für Gesundheit und im gesamten Ministerium. So werde die klassische Kur bereits durch verschiedene Maßnahmen wie Selbsthilfeförderungen oder steuerliche Absetzbarkeit bei betrieblich veranlassenen Kuraufenthalten gestärkt.

Anspruch und Wirklichkeit

Allerdings machte Widmann-Mauz darauf aufmerksam, dass die Politiker „hier immer zwischen den Fronten von Anspruch und Wirklichkeit stehen,

zwischen einer wünschenswerten Erhöhung von Kuraufenthalten und den realen Verhältnissen bei der Kurbewilligung“. Aus diesem Grund setzt das Ministerium auf die Statistikpflicht der Krankenkassen zur Bewilligung und Ablehnung von Kuranträgen, deren Ergebnisse für 2008 und 2009 dem Ministerium nun vorliegen und ausgewertet werden. Es gehe darum, ein realistisches Bild der Verhältnisse zu schaffen, damit gezielte Maßnahmen weiterentwickelt werden können, um zu höheren Kurzahlen zu gelangen. Sowohl die Politik als auch die Bürger müssten erfahren, warum bestimmte Anträge abgelehnt würden oder warum im Einzelfall eine ambulante Versorgung vor Ort einer wohnortfernen, stationären Behandlung vorzuziehen wäre.

Auf die Forderung des BHV, eine bundesweite Verbraucherschutzstelle für Fragen zwischen

Patient und Kasse einzurichten, verwies Widmann-Mauz auf die Einrichtung des bereits existierenden unabhängigen Patientenberaters. Dies geht dem BHV jedoch nicht weit genug, er möchte an dieser Stelle echten Verbraucherschutz mit klar definierten Rechten für die Patienten.

Mögliche Weiterbildung

Als Erfolg werteten sowohl Widmann-Mauz als auch Vorsitzender Holetschek, dass in Bayern die Weiterbildung zum Bade- bzw. Kurarzt wieder berufs begleitend möglich ist. Dies sichere die Qualität der kurörtlichen Einrichtungen und verhindere einen drohenden Engpass in der badeärztlichen Betreuung. Widmann-Mauz betonte diesen Erfolg der Bayerischen Ärztekammer und des BHV und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass weitere Länder diesem Beispiel folgen. **DK**

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung optimieren? Wir machen das für Sie.



Haben Sie Probleme mit Ihrer Trinkwasserversorgungs- oder Kläranlage? Planen Sie Investitionen in diesem Bereich? Sprechen Sie einfach mit uns. Denn wir, die SüdWasser GmbH, sind darauf spezialisiert. Wir bieten Ihnen von der Beratung, Planung und Errichtung bis zum kompletten Betreiben der Anlagen eine breite Palette von Dienstleistungen und arbeiten dabei mit Behörden und Fachbetrieben vor Ort zusammen.

Mehr als 70 Kommunen profitieren bereits von unserem Know-how. Im Trinkwasserbereich sind das beispielsweise die Stadt Rehau, die Stadt Eschenbach i.d.OPf. und deren Siedlung „New-Town“. Bei der Abwasserentsorgung betreuen wir u.a. die Kläranlagen Oberhaid, Waldsassen und Emmerting.

Als regional verankertes Unternehmen haben wir uns mit einem qualifizierten Team erfolgreich auf dem bayerischen Markt etabliert. Wir entwickeln für Kommunen und Zweckverbände maßgeschneiderte Konzepte und Problemlösungen für die verschiedensten Anforderungen. Das macht uns zum kompetenten Partner für viele Formen der Zusammenarbeit und nachhaltige Kosteneinsparungen. Nutzen auch Sie unsere Möglichkeiten zu Ihrem Vorteil.

Wir sind für Sie da
SüdWasser GmbH
Nägelsbachstraße 38-40
91052 Erlangen
T 0 91 31-9 33 07 0
F 0 91 31-9 33 07 55 79
info@suedwasser.com

Wasser-Kompetenzstandort:

Hofer Gütesiegel

Umweltminister Markus Söder hat der Stadt Hof das Gütesiegel „Wasser-Kompetenzstandort“ verliehen. Mit der Auszeichnung unterstützt der Freistaat das Engagement der Stadt und fördert die kommunale Zusammenarbeit in der Wasserwirtschaft, sagte Söder.

Hof habe in den vergangenen Jahrzehnten erheblich in den Schutz der Ressource Wasser investiert, so Söder. Mit der Förmitzalsperre wurde zudem der Hochwasserschutz an der Saale verbessert. Und die Hochschule Hof biete einen eigenen Umweltstudiengang „Umweltgenieurwesen“ an. □

SÜDWASSER
Ein Unternehmen von E.ON Bayern

e-on | Bayern

Auftraggeber nutzen RAL-GZ 961

Erfolgreiche Gütesicherung basiert auf definierten Rahmenbedingungen

„Wir sind mit der Resonanz auf der IFAT ENTSORGA 2010 sehr zufrieden“ - dieses positive Fazit zog der Geschäftsführer des Güteschutz Kanalbau, Dr.-Ing. Marco Künster, nach der Beteiligung der Gütegemeinschaft an der Leitmesse für Wasser, Abwasser, Abfall- und Rohstoffwirtschaft. In den vielen Gesprächen auf dem Messestand sei wieder eines deutlich geworden: Für viele Auftraggeber wird die Prüfung der Bieterleistung vor allem mit Blick auf langlebige und damit wirtschaftliche Kanalsysteme immer wichtiger.

Auftraggeber fordern deshalb konsequent Eignungsnachweise. Eine Vorgehensweise, die den eigenen Anspruch in puncto Ausführungsqualität untermauert. Überwachte Mindestanforderungen ermöglichen den Entscheidern, das Geld der Bürger verantwortungsvoll und mit vernünftiger Kosten-Nutzen-Relation einzusetzen. Bei Vergabe von Aufträgen ausschließlich an geeignete Firmen werden Kommunen ihrer haushaltsrechtlichen Verantwortung gerecht. Die Nutzungsdauer von Entwässerungskanälen wird erhöht, wenn die Anforderungen der Regelwerke bei Bauausführung, Sanierung, Inspektion und Reinigung eingehalten werden. Folgerichtig wird der Ruf nach effizienten Strategien laut. Themen wie Bauqualität, Qualifizierung und Qualifikation rücken in den Fokus einer ganzen Branche. Verstärkt nutzen Auftraggeber die Gütesicherung RAL-GZ 961 zur unabhängigen Beurteilung der Bieterleistung.

Auftraggeber bestätigen: Die

Eignungsprüfung durch den RAL-Güteausschuss erspart aufwändige Einzelprüfungen der Personalausstattung und des verfügbaren Gerätes der Anbieter. Dadurch werden Arbeitsabläufe erheblich verschlankt. Ein Aspekt, der besonders mit Blick auf eine oft nur geringe Personalstärke und weiter steigender Anforderungen von Bedeutung ist. Das ist auch ein Ergebnis der konsequenten Arbeit der Gütegemeinschaft, die als Dienstleister und im Auftrag der Auftraggeber eine unabhängige Bewertung der Bieterleistung durchführt.

Einheitlicher Maßstab wichtig

Die Bewertung der Bieterleistung stellt höchste Anforderungen an die Organisation der Prüfungen und an die Personen, die mit dieser Aufgabe betraut sind. Deshalb werden bei der Gütesicherung RAL-GZ 961 die Prüfungen ausschließlich durch vom RAL-Güteausschuss beauftragte

Prüfingenieure durchgeführt und deren Berichte im Einzelfall vom RAL-Güteausschuss bewertet.

Daher ist die neutrale Zusammensetzung dieses maßgebenden Gremiums von besonderer Bedeutung. So gehören dem RAL-Güteausschuss jeweils mindestens ein Vertreter des Bereiches der Auftraggeber und ein Vertreter der Ingenieur-Büros an, die beide durch die DWA direkt benannt sind. Die übrigen Mitglieder wer-

den Kanalbau. Auch deshalb wird sie zurzeit von mehr als 4.800 Auftraggebern und Ingenieurbüros genutzt (Stand: Sept. 2010).

In der Gütesicherung RAL-GZ 961 sind u. a. definiert:

- Gütebestimmungen (Anforderungen an die Unternehmen)
- Prüfbestimmungen (Anforderungen an die Durchführung der Prüfung und Bewertung).

Die Güte- und Prüfbestimmungen sind von RAL Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. im Januar 1990 im Rahmen der Grundsätze für Gütezeichen in einem Anerkennungsverfahren unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, der betroffenen Fach- und Verkehrskreise sowie der zuständigen Behörden

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

den mit paritätischen Stimmen von Auftraggebern und Auftragnehmern alle zwei Jahre gewählt. Aktuelle Informationen zur Zusammensetzung des Güteausschusses sind veröffentlicht unter www.kanalbau.com.

Damit der Eignungsnachweis eine Aussagekraft hat, müssen Rahmenbedingungen (Prüfbestimmungen) eingehalten werden. Auftraggeber erwarten ein System, das auf Neutralität und Transparenz basiert. Diese Anforderungen erfüllt die Gütesicherung

gemeinsam erarbeitet worden. Im Januar 2010 wurden die Güte- und Prüfbestimmungen erneut einer Revision und Erweiterung unter Beteiligung von Fach- und Verkehrskreisen unterzogen. RAL hat die Gütegemeinschaft Herstellung und Instandhaltung von Abwasserleitungen und -kanälen e.V. – Güteschutz Kanalbau – als die Institution anerkannt, die alle im Zusammenhang mit der Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 anstehenden Aufgaben durchführt. □



Nach der Behandlung mit dem 3P Hydrosystem 1000 heavy traffic wird das Niederschlagswasser der stark frequentierten Verkehrsflächen rund um den Raiffeisenmarkt Merdingen nahezu in Trinkwasserqualität der Versickerung zugeführt.
Foto: 3P Technik

schiedlichen Belastungen abgestimmt werden kann. Zum Einsatz kamen die 3P Filtertypen heavy traffic, welche die bauaufsichtliche Zulassung des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) in Berlin erhalten haben. Die Filtersysteme sind in der Lage, sowohl anorganische Stoffe wie Schwermetalle und Nährstoffe als auch organische Komponenten wie polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) und Mineralöle aus dem Regenabfluss zu entfernen. Das geprüfte System bietet damit den höchstmöglichen und dauerhaft zuverlässigen Schutz für das Grundwasser.

Das Filtersystem ist so ausgelegt, dass im Neuzustand etwa 120 l/s Regenabfluss von den Flächen vollständig behandelt werden kann. Durchflussmessungen im Rahmen der Wartung zeigen den Zustand der Filter, die vor Ort rückgespült werden, sobald der Durchfluss unter einen kritischen Wert sinkt. Mehr als vier Millionen Liter reinigt die Anlage so pro Jahr und gibt sie sicher und sauber in den Untergrund ab.

Der Einbau der Filterelemente erfolgte in Betonschächte, welche die Müller Betonwerke aus Achem passgenau maßgefertigten und vor Ort einbauten. Da es sich um eine Nachrüstung handelte, wurden Schächte und Filtersysteme in vorhandene Grundleitungen eingesetzt. Beim Einbau war auf eine besonders hohe Abdichtung der Zulaufleitungen zu ach-

ten, um zu verhindern, dass sich das Wasser durch die Einbauvariante mit den alten Grundleitungen bei starkem Regen stauen kann.

Die Reinigung des Niederschlagswassers in den Hydrosystemen erfolgt in zwei Schritten. Zunächst sedimentieren Feststoffpartikel in einem Schlammraum im unteren Bereich des Filtersystems. Danach gelangt das zu reinigende Wasser im Aufstromverfahren durch die Filterelemente, wo durch Filtration, Adsorption und chemische Fällung Feststoffe, Nährstoffe, Schwermetalle und Kohlenwasserstoffe weitestgehend zurückgehalten werden. Vor dem Wasserablauf in die Sickerschächte befindet sich als Sicherheitsreserve etwa für Starkregenereignisse noch eine Leichtstoffsperrschicht. Das gereinigte Wasser erreicht nahezu Trinkwasserqualität.

Ein Wartungsvertrag mit der Firma Böder GmbH gewährleistet darüber hinaus die regelmäßige Kontrolle und die Reinigung der Systeme, ohne dass sich der Betreiber selbst darum kümmern muss. Das Unternehmen ermittelt im Rahmen der jährlichen Wartungen den Zustand der Filter, die nach Bedarf rückgespült werden. Der Austausch der Filter erfolgt in Zeiträumen von 3 Jahren, wenn die Aufnahmekapazitäten für die Schadstoffe erschöpft sind.

Außerdem wurden zusätzliche Vorreinigungsmaßnahmen eingeplant, da auf dem Gelände insbesondere durch landwirtschaftliche Fahrzeuge mit starken Verschmut-



Ihre geringe Reichweite macht Elektroautos derzeit noch unattraktiv.

Es hapert vor allem am Herzstück

E-Mobilitätstage in Würzburg zeigen den noch weiten Weg der Forschung auf

Das Projekt „Elektromobilität“ ist auf den Weg gebracht - doch es gibt noch sehr viel zu tun, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen, wurde bei den 1. Bayerischen E-Mobilitätstagen in Würzburg deutlich. So wird es vermutlich noch rund 20 Jahre dauern, bis eine hochleistungsfähige Batterie, das Herzstück eines jeden Elektroautos, auf den Markt kommen wird, betonte Dr. Kai Möller vom Fraunhofer-Institut für Silicatforschung Würzburg (ISC).

Vor allem am Forschungsstandort Unterfranken, zeigten die E-Mobilitätstage auf, tut sich viel, damit Bayern, wie von der Staatsregierung beabsichtigt, „E-Mobilitätsland Nummer 1“ werden kann. Die Materialforschung am ISC etwa zielt auf Batterien ab, die sich durch hohe Energie- und Leistungsdichte, niedrige Kosten sowie hohe Sicherheit und lange Lebensdauer auszeichnen. Von großer Bedeutung sind dabei die Neuentwicklungen „Lithium-Luft-Batterie“ sowie innovative Doppelschichtkompensatoren. Intensiv erforscht werden dafür notwendige, neue Hochleistungsmaterialien für die Batteriekomponenten Elektrode, Elektrolyte und Separatoren.

Neue Verfahren erforderlich

Gänzlich neu entwickelt werden muss auch eine Ladesäuleninfrastruktur, legte Philipp Neckermann von der Firma JC Neckermann dar. Das 1895 gegründete Energie-Handelshaus, das heute seinen Sitz in Markt Einersheim bei Kitzingen hat, setzte einen seiner unternehmerischen Schwerpunkte jüngst auf E-Mobility.

Laut Neckermann braucht es neue, „diskriminierungsfreie“ Verfahren, die es Elektroautofahrer künftig ermöglichen, überall in Deutschland zu tanken. Individuelle Lösungen für jeweils eine Kommune oder Region helfen nicht weiter, sondern verhindern eher, dass sich das Autofahren mit Strom aus erneuerbaren Energien durchsetzt.

JC Neckermann schwebt die Umsetzung eines flächendeckenden, lieferantenneutralen Ladesäulenkonzepts vor. Ziel ist der Aufbau einer Infrastruktur mit intelligentem Abrechnungssystem, durch die jeder Elektroautofahrer überall in Deutschland zu seinem Heimtarif tanken kann.

E-Mobilität voranzubringen, diesem Ziel hat sich auch das Würzburger Unternehmen a+f GmbH verschrieben. Die Firma entwickelte ein Großbatteriesystem, das durch hohe Leistung besticht und sich daher als E-Tankstelle gut eignet. Bis zu drei Elektroautos können an einem „Cellcube“, so der Name der Batterie, Sonnenstrom tanken.

zungen zu rechnen ist. So werden die Entwässerungsrinnen und Straßenabläufe vorsorglich regelmäßig gereinigt. Zudem werden die Flächen regelmäßig gekehrt, um unnötigen Eintrag von Schlamm und Erdrich in das Entwässerungssystem zu vermeiden. □

Als bayernweit erste Modellstadt will Bad Neustadt in der Rhön E-Mobility zum Durchbruch verhelfen. Zusammen mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, der Fraunhofer Gesellschaft und der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt soll in Bad Neustadt ein Technologie- und Innovationszentrum für Elektromobilität entstehen. Beteiligt hieran sind auch drei in der Rhön ansässige Automobilzulieferer. Über die Finanzierung des geplanten Zentrums wird bei den anstehenden Haushaltsberatungen des Freistaats entschieden.

Die 16.000-Einwohner-Kommune ist nicht zuletzt deshalb an einem tragfähigen Konzept für E-Mobility interessiert, weil es sich um ein Heilbad handelt, betonte Bürgermeister Bruno Altrichter: „Luftreinhaltung ist darum für uns ein äußerst wichtiges Thema.“ Aber auch der in ländlichen Räumen keinesfalls optimale Nahverkehr fordert dünn besiedelte Gebiete verkehrstechnisch heraus.

Dass nicht schon jetzt umweltbewusste Autofahrer auf E-Mobility setzen können, liegt laut Alfred Braatz von der Daimler AG vor allem an den derzeit noch sehr hohen Investitionskosten für ein Fahrzeug mit alternativem Antrieb. Daimler sei zwar längst auf E-Mobility vorbereitet, es werde trotzdem noch eine ganze Weile brauchen, bis marktfähige Produkte vom Band laufen. „Dabei haben wir schon 4,5 Millionen Testkilometer hinter uns und Milliardenbeträge investiert“, so der Manager.

Inwieweit höhere Kosten Autokunden vom Kauf eines Elektroautos abschrecken würden, eruierte der ADAC in zwei Mitgliederbefragungen. Demnach würden 78 Prozent derjenigen, die E-Mobility unterstützen, einen höheren Preis akzeptieren. Insgesamt 86 Prozent aller Befragten stand der Elektromobilität positiv gegenüber, erläuterte Michael Herbst vom ADAC in Nordbayern. Rund ein Drittel würde aber erst dann in ein Elektroauto einsteigen, wenn die Reichweite mindestens 500 Kilometer betragen würde - was aktuell aufgrund der ungenügenden Batterieleistung noch nicht der Fall ist.

Als ein Instrument, Anreize für den Einstieg in die Elektromobilität zu schaffen, wurde in der abschließenden Podiumsdiskussion eine Privilegierung von Elektroautos bei der Parkplatzsuche diskutiert. Dies verspricht laut Thomas Habermann, Landrat von Rhön-Grabfeld, „20 Mal so großen Erfolg wie die Aussicht, ein bisschen weniger Kfz-Steuer zu zahlen“.

Text und Bild: Pat Christ

Raiffeisenmarkt in Merdingen hält Grundwasser sauber

Dezentrale Niederschlagswasser-Behandlung und Versickerung ersetzt aufwändigen Anschluss an das Kanalnetz

Mit einer Anlage zur dezentralen Behandlung von Regenwasser wurde das Gelände eines Raiffeisenmarktes in Merdingen nahe Freiburg im Breisgau ausgestattet. Damit erfüllt der Markt die Forderung des neuen Wasserhaushaltsgesetzes, Regenwasser und Schmutzwasser nicht mehr zu mischen, sondern den Niederschlag vor Ort zu reinigen und wieder dem Grundwasser zuzuführen.

Insgesamt zehn Filtersysteme des Typs Hydrosystem 1000 heavy traffic und zwei Systeme des Typs Hydrosystem 400 heavy traffic des Spezialisten für Regenwasserbewirtschaftung 3P Technik kamen dabei zum Einsatz. Sie nehmen das Wasser von den stark frequentierten Verkehrsflächen rund um den Raiffeisenmarkt auf,

filtrieren es und leiten das nahezu auf Trinkwasserqualität gereinigte Wasser zum Abfluss in Richtung Grundwasser in mehrere Sickerschächte ein.

Eine neue Entsorgungslösung für das Niederschlagswasser rund um den Markt war notwendig geworden aufgrund der Verschmutzungen durch Liefer- und Kundenfahrzeuge sowie Staplerverkehr. Durch sie war eine Einleitung ins Grundwasser ohne vorherige Reinigung nicht mehr tolerierbar. Zu den Verschmutzungen durch Kraftfahrzeuge und Stapler kommen Reste aus den umgeschlagenen Gütern wie Mais, Düng-, Futter- und Pflanzenschutzmitteln.

Im Gespräch war zunächst eine Anbindung an das örtliche Abwassernetz und damit eine Reinigung über die Kläranlage. Da der nächste mögliche Anschlusspunkt an die Kanalisation mehrere hundert Meter vom Markt entfernt liegt, wurde diese Lösung als zu aufwändig und teuer verworfen. Hinzu kam, dass sie entgegen der Forderung im neuen Wasserhaushaltsgesetz zur Mischung von Niederschlags- und Schmutzwasser in der Kanalisation geführt hätte. In Abstimmung mit den zuständigen Wasserbehörden suchte man daher nach einer Lösung, die eine weitere Nutzung der bereits vorhandenen Sickerschächte ermöglichen sollte. Voraussetzung dafür war eine vorherige Behandlung des Niederschlagswassers, mit der sich die Einleitung gefährdender Substanzen wirkungsvoll und zuverlässig unterbinden lässt. Die Wahl fiel auf das Hydrosystem von 3P Technik, das mit verschiedenen

Filtern auf Flächen mit unter-



3P HYDROSYSTEM

Das innovative 3P Filtersystem



Das 3P Hydrosystem ermöglicht die Reinigung des Niederschlagswassers von nahezu allen Kfz-Verkehrsflächen. Das Ablaufwasser gilt im Sinne von DWA-A 138 als unbedenklich und kann ohne belebte Bodenzone unterirdisch versickert werden.

Damit kann Ihnen 3P ein Schachtsystem zur Regenwasserbehandlung mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung (Z-84.2-4) anbieten.



VDV-Präsidiumssitzung in Potsdam:

Grundsatzfragen und Personalien

Der Fernbuslinienverkehr und die künftige Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) standen im Mittelpunkt einer Sitzung des Präsidiums des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in Potsdam. Darüber hinaus wurden wichtige Personalentscheidungen getroffen.

„Erhebliche Kannibalisierungseffekte gegenüber dem Eisenbahnfernverkehr und dem ÖPNV“ befürchtet das VDV-Präsidium im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung, der eine Zulassung von Fernbusverkehr und eine damit verbundene Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vorsieht. Deshalb wird eine Zulassung neuer Fernbusverkehre nur dort gefordert, wo sie ohne eine erhebliche Reduzierung der Fahrgastzahlen bei den vorhandenen Verkehrsmitteln zusätzliche Fahrgäste auf die öffentlichen Verkehrsmittel bringen.

Nach Auffassung des Präsidiums gewährleistet dies die heute bestehende Rechtslage: Ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juni diesen Jahres zum bestehenden PBefG öffne hinreichenden Raum für Fernbusverkehre. Nach dieser Entscheidung könne ein Busfernverkehr sogar parallel zu einer vorhandenen Eisenbahnverbindung genehmigt werden. Dies gelte dann, wenn dessen Fahrpreise erheblich günstiger sind als die entsprechenden Bahnpreise.

Mit großer Sorge betrachtet das VDV-Präsidium zudem die Perspektiven der ÖPNV-Finanzierung. Der seit Jahren festzu-

stellende Rückgang der Mitfinanzierung des ÖPNV aus öffentlichen Kassen könne von der Branche nicht kompensiert werden. In den letzten Jahren hätten die Unternehmen ihre Kosten deutlich gesenkt und gleichzeitig ihre Einnahmen gesteigert. Die Spielräume für die Unternehmen, Belastungen aufzufangen, würden immer geringer.

Investitionen auf Eis

Die Schere zwischen wachsender Nachfrage in den Ballungsräumen und verfügbaren Mitteln für Neubau- und Erneuerungsinvestitionen klappe immer weiter auseinander. „Dringend notwendige Erneuerungsinvestitionen liegen teilweise schon seit Jahren auf Eis. Die fehlenden Mittel können nicht durch

Ticketpreiserhöhungen oder immer weitere Einsparmaßnahmen bei den Verkehrsunternehmen aufgefangen werden“, erklärte hierzu VDV-Präsident Jürgen Fenske.

Auch die Länder und Kommunen haben Fenske zufolge ihr finanzielles Engagement teilweise bis auf Null zurückgefahren. „Es geht nicht an, dass die für die Wirtschaftsstandorte und den Klimaschutz essentiellen ÖPNV-Investitionen in Deutschland schleichend verrotten“, machte der Präsident deutlich. Die Verkehrsunternehmen würden zwar weiterhin alles tun, um ihre Kosten zu senken und ihre Erträge zu steigern. Dies allein werde jedoch nicht reichen.

Freitag und Wolff

Zwei Personalentscheidungen standen ebenso auf der Tagesordnung der Potsdamer Sitzung. MVV-Geschäftsführer Alexander Freitag wurde in das Präsidium des VDV berufen. Schon bisher hat er sich ehrenamtlich im VDV engagiert. Zudem gehört Freitag dem Vorstand der Landesgruppe Bayern an. Oliver Wolff wiederum wurde zum neuen Hauptgeschäftsführer bestellt. Er tritt damit die Nachfolge von Dr. Claudia Langowsky an. Wolff ist zurzeit Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Dort leitet er die Abteilung VI, die sich mit Grundsatzfragen der Mobilität, Luftverkehr, Schifffahrt, Logistik, Eisenbahnen und ÖPNV beschäftigt. Von seiner Erfahrung und seinem politischen Netzwerk wird der Verband profitieren“, zeigte sich Präsident Fenske überzeugt. **DK**

Güterverkehrszentrum Hof:

„Trumpf“ für den Standort

Trotz der schwierigen Haushaltslage hat die Bayerische Staatsregierung angekündigt, das Projekt Güterverkehrszentrum in Hof zu fördern. Der Weg für Millioneninvestitionen ist nach intensiven Gesprächen der Minister Zeil und Fahrenschn mit den Vertretern der Stadt, des Landkreises Hof sowie der Regierung von Oberfranken frei. Möglich wurde dies insbesondere durch den Einsatz noch vorhandener Mittel des ‚Plan B‘ für den Flughafen-Hof.

„Die Erweiterung der Umschlaganlage in Hof und die Schaffung eines Containerlagerplatzes stärken das Gewerbe der gesamten Region nachhaltig durch eine Verbesserung der Infrastruktur“, zeigte sich Wirtschaftsminister Zeil überzeugt. Die großen Transportmengen, die bisher auf der bestehenden Anlage umgeschlagen wurden, belegen den zunehmenden Erfolg des Wirtschaftsstandorts vor allem im Hinblick auf den Warenaustausch über die Seehäfen.

Gemeinsam für die Region

Hofs Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und Landrat Bernd Hering begrüßten die Entscheidung und hoben den Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen hervor: „Der Ausbau des Güterverkehrszentrums belegt, wie wichtig es ist, dass Stadt und Landkreis Hof für ihre Interessen gemeinsam an einem Strang ziehen. Unsere gesamte Region und der Logistikstandort Hof werden von der Erweiterung profitieren und wir danken allen, die zu diesem großen Erfolg beigetragen ha-

ben“, betonte Harald Fichtner.

Als eine „Riesenchance für die gesamte Region“ sieht auch die IHK für Oberfranken in Bayreuth den Ausbau des Güterverkehrszentrums Hof. Wie Wolfram Brehm, Bereichsleiter Standortpolitik bei der IHK, erläutert: „muss nun mit der Elektrifizierung der Schienenverbindungen nach Hof der nächste konsequente Schritt folgen“.

Elektrifizierung

Dieser weitere „Trumpf“ für den Standort Hof könne erst dann richtig ausgespielt werden, wenn die Schienenverbindungen von Hof Richtung Süden und Westen ertüchtigt seien. So müsse die Franken-Sachsen-Magistrale von Dresden über Hof nach Nürnberg so schnell wie möglich durchgehend elektrifiziert werden, wie es die Region bereits seit Jahrzehnten fordere. Und auch die Elektrifizierung der Verbindung Hof-Regensburg müsse rasch erfolgen. „Der Ausbau der Schienenwege ist teuer, aber er darf nicht auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden“, meinte Brehm. **DK**

Bayerisches Kabinett:

Höhere Sicherheit im ÖPNV

Innenminister Herrmann: „Zahlreiche zusätzliche Maßnahmen greifen“
Verkehrsminister Zeil: „Videoaufzeichnung ist eine der Säulen des Sicherheitskonzeptes für den Schienennahverkehr“

Innenminister Joachim Herrmann und Verkehrsminister Martin Zeil berichteten im Kabinett über Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im ÖPNV. Herrmann: „Wir haben seit dem tragischen Tod von Dominik Brunner im letzten Jahr am S-Bahn-Hof Solln die Sicherheitsmaßnahmen nochmals deutlich erweitert. Dies führte nach 2008 und 2009 erneut zu einer signifikanten Abnahme bei den Gewaltdelikten. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind trotz vereinzelter, Aufsehen erregender Gewaltdelikte sehr sicher. Mit unseren Partnern bei den regionalen Verkehrsverbänden, der Bundespolizei, der DB Sicherheit und den Kommunen arbeiten wir eng zusammen, so dass die häufig gemeinsam durchgeführten Maßnahmen erfolgreich greifen. Die Menschen können sich auch wegen der spürbaren Ausweitung der Präsenz von Polizei und Sicherheitsdiensten in Bussen und Bahnen sicher fühlen.“

Mit folgenden Maßnahmen wird die Sicherheit im ÖPNV in Bayern verbessert:

Ausbau der Videoüberwachung

Verkehrsminister Martin Zeil setzt intensiv auf Videoüberwachung. Bis Ende 2012 werden alle S-Bahn-Züge in München mit Videoanlagen ausgerüstet. Auch Bahnhöfe und Haltestellen werden verstärkt mit Kameras überwacht. 14 Stationen sind bereits vollständig von der S-Bahn-Zentrale kontrolliert. Bis Ende 2011 sollen auch an 42 weiteren Stationen autarke Videoaufzeichnungsgeräte installiert werden. Zeil: „Wir erhöhen mit unseren Maßnahmen nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden unserer Fahrgäste. Wir setzen bei der Videoüberwachung vor allem auf die präventive Wirkung. So sollen nicht nur Angriffe auf Personen, sondern auch Vandalismusschäden deutlich zurückgehen.“

Erfahrungen mit den bereits bestehenden technischen Einrichtungen zeigen, dass die aufgezeichneten Bilder bei der Täterermittlung wertvolle Hilfe leisten und tatsächlich zu einem Rückgang der Straftaten an den überwachten Stationen führen.“

Verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften

Zu mehr Sicherheit trägt für den Verkehrsverbund in München die personelle Verstärkung der Bundespolizeiinspektion am Hauptbahnhof, die Ausweitung der Streifen der DB-Sicherheit GmbH und der Münchner U-Bahn-Wache bei. Das gemeinsam vom Freistaat und DB Regio finanzierte „Bestreifungsprogramm“ für die S-Bahn München soll auf hohem Niveau weiter fortgeführt werden. In den Abendstunden werden regel-

mäßig 70 Prozent der S-Bahn-Züge von Sicherheitskräften der Bundespolizei und der DB auf Streife überwacht. Positiv wirkt sich zudem die kostenfreie Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel durch uniformierte Polizeibeamte der Bundes- und der Landespolizei aus, die flächendeckend in ganz Bayern gilt. Innenminister Herrmann: „Mehr uniformierte Polizeibeamte, egal ob im Dienst oder nicht, verbessern nachweislich die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste und des Begleitpersonals. Ich habe dieses bayerische Modell bei der Innenministerkonferenz im Mai zur bundesweiten Ausweitung empfohlen und einheitlich Unterstützung erfahren. Es wurde in der IMK ein entsprechender Grundsatzbeschluss gefasst.“

Aufbau des Handynetzes

Im U-Bahn-Bereich München geht der Ausbau zügig voran, der Empfang funktioniert bereits auf einigen Linien, vor allem auf der Stammstrecke; in der Nürnberger U-Bahn ist der Empfang sogar bereits flächendeckend möglich. Die Verkehrsunternehmen haben außerdem intern ihre Notrufbearbeitung aus den Zügen und von den Haltestellen überprüft und optimiert. Die Busgesellschaft der DB Stadtverkehr Region Bayern, die gemeinsam mit ihren Partnerunternehmen etwa 80 Prozent der Fläche Bayerns bedient, investiert kräftig in ein rechner- und satellitengestütztes Betriebsleitsystem mit Notrufeinheit. Dieses System gibt es künftig in mehr als 3.000 Bussen, so dass die Fahrer im Notfall schnell über ihre Zentrale Hilfe herbeiholen können.

Mehr Zivilcourage

Mehr couragiertes Handeln der

Bevölkerung kann brenzlige Situationen weit vor einer möglichen Gewalteskalation entschärfen. Innenminister Herrmann: „Wir müssen eine Kultur des Hinschauens und Hilfeleistens bei den Menschen fördern. Überall in Bayern gibt es ein weitreichendes Angebot der Polizei, die in Trainingskursen richtiges Verhalten für solche Fälle vermittelt und damit Hilfe zur Selbsthilfe gibt. Auch die Verkehrsunternehmen selbst sind dabei sehr engagiert. Ein gutes Beispiel, stellvertretend für andere Angebote, stellt das Projekt ‚Coolrider‘ in Nürnberg dar, das wir noch deutlich über die Region Nürnberg hinaus ausbauen wollen. Dort sind von einem erfahrenen Trainerteam vorbereitete Schüler als Fahrzeugbegleiter zur Konfliktreduzierung auf dem Schulweg eingesetzt.“

Nutzen-Kosten-Untersuchung

S-Bahn Nürnberg -
Forchheim - Bamberg

In Nürnberg haben die Gutachter der INTRAPLAN Consult GmbH die Ergebnisse der aktualisierten Nutzen-Kosten-Untersuchung für die S-Bahn Nürnberg – Forchheim – Bamberg vorgestellt. In Abstimmung mit der Stadt Fürth, der Stadt Nürnberg, dem ZVGN sowie den Zuwendungsgebern von Bund und Freistaat wurden die Prämissen für die Nutzen-Kosten-Untersuchung für die sogenannte Bestandstrasse überprüft und angepasst.

Zwei Varianten

Die Gutachter haben zwei Varianten der Bestandstrasse analysiert, eine mit einer Haltestelle Stadeln Nord und eine weitere mit zwei Haltestellen Stadeln Nord und Stadeln Süd. Für keine der beiden Varianten der Bestandstrasse konnte ein gesamtwirtschaftlich tragfähiger Nutzen-Kosten-Faktor ermittelt werden. Die von Fürth präferierte Variante mit einem Haltepunkt Stadeln Nord erzielt einen Nutzen-Kosten-Faktor von 0,94. Die mit zwei Haltepunkten kommt auf einen Nutzen-Kosten-Faktor von 0,97. Damit erreichen beide Varianten nicht den für eine Förderfähigkeit notwendigen Faktor von über 1,0. **□**

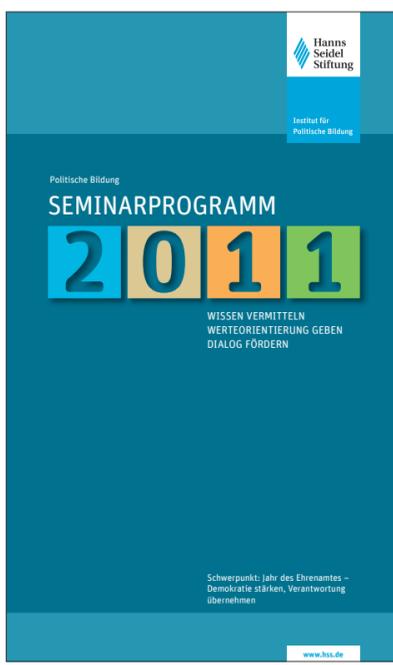
Schon erhalten?



Hanns Seidel Stiftung
Institut für Politische Bildung

DAS SEMINARPROGRAMM 2011 IST ERSCHIENEN!

Jetzt bestellen: Tel. (0 89) 12 58-237, E-Mail: ipb@hss.de



Schwerpunkt: Jahr des Ehrenamtes – Demokratie stärken, Verantwortung übernehmen
www.hss.de

POLITISCHE BILDUNG

WISSEN VERMITTELN
WERTEORIENTIERUNG GEBEN
DIALOG FÖRDERN



»Wir wollen Orientierung im Wandel geben und verdeutlichen, auf welchen normativen Grundlagen, verbindenden Werten und Idealen unser Gemeinwesen beruht.«

Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair
Staatsminister a. D., Senator E. h.,
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

Alle Seminare sind auch in der Datenbank:
www.hss.de/veranstaltungen.html

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Lazarettstraße 33, 80636 München

www.hss.de

Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau 2010“:

Goldmedaille für Amberg

In Amberg ist eine der schönsten Kleingartenanlagen Deutschlands zu finden. Beim Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau“ wurden die Oberpfälzer im Rahmen einer Festveranstaltung in Berlin mit einer von sieben Goldmedaillen ausgezeichnet. Gold bekamen auch Gärtner aus Castrop-Rauxel und Leverkusen/Nordrhein-Westfalen, Dresden und Leipzig/Sachsen, Hamburg sowie Karlsruhe/Baden-Württemberg. Insgesamt wurden 28 Kleingartenanlagen ausgezeichnet.

Der Bundeswettbewerb gilt als einer der wichtigsten Ideenwettbewerbe der städtischen Gartenkultur und ist damit eine Art deutsche Meisterschaft der 15.000 Kleingärtnervereine. Bewertet wurden nicht der schön geharkte Weg oder die akkurat geschnittene Hecke. Vielmehr wird der Beitrag „für eine lebenswerte, sozial und naturnahe Stadt“ gewürdigt.

Auszeichnungen in Gold, Silber und Bronze sowie Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro hatten Dr. Achim Friedrich, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde e. V. (BDG), und Rainer Bomba, Staatssekretär im Verkehrsministerium (BMVBS), zu vergeben. Jeder der 28 Vereine erhielt eine Auszeichnung, fünf Vereine konnten sich zusätzlich über je

2.000 Euro Preisgeld freuen. BDG und BMVBS möchten diese Vereine mit der finanziellen Unterstützung ermutigen, ihr vorbildliches bürgerschaftliches Engagement fortzuführen.

Räume für Begegnung

Wie Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, betonte, seien Gärten wichtige Räume für Begegnung und Erholung. Gärten verbänden die Menschen. Kleingärten förderten das Miteinander und Engagement. Sie erfreuten sich zu Recht wachsender Beliebtheit quer durch alle Bevölkerungsschichten. Die Zeiten, als die Laube als „spießig“ galt, seien vorbei.

Die prämierten Kleingartenanlagen zeichnen sich Bomba zu-

folge durch Offenheit und Zugänglichkeit für alle Bewohner eines Stadt- und Gemeindegebietes aus. Daneben fand besondere Anerkennung: die Arbeit mit Schulklassen, die Unterstützung der Senioren bei der Gartenarbeit, die Partnerschaft mit Seniorenheimen, die Schaffung von Schul- und Lehrpfaden, die Einrichtung von Spielplätzen für Kinder des Quartiers, die Unterstützung der „Tafel“, das behindertengerechte Kleingärtner, die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen des Wohngebietes und die Integration von Menschen verschiedener sozialer Milieus.

„Die Kleingärtnervereine können nicht die Ursachen von Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund und sozialer Desintegration beseitigen. Aber sie mildern die Auswirkungen dieser Entwicklungen, in dem sie Perspektiven öffnen, einen sinnstiftenden Ausgleich im Grünen schaffen und sich als Sozialpartner positionieren“, unterstrich Jürgen Sheldon, Vorsitzender der Bewertungskommission, die Bedeutung der Kleingärtner.

Die oberpfälzische Stadt Amberg wurde für seine vorbildliche Kleingartenanlage „An der Vils“ mit der Goldmedaille bedacht. Kleingartenanlagen sind ein knappes Gut in Amberg. Entsprechend sind leer stehende Parzellen auch „An der Vils“ kein Thema, im Gegenteil: Es besteht durchaus Bedarf an weiteren Anlagen. Doch die eigentliche Stärke der Anlage besteht nicht in ihrer guten Auslastung, sondern in ihrer vorbildlichen Fachberatung, so die Jury.

Was im Verein propagiert wird, wirkt auch in die Gemeinde hinein: So orientieren sich auch Hausgärtner an den Empfehlungen der Fachberater. Die städtebauliche Einordnung zeigt eine gute Verbindung zur Stadt. Die Anlage ist an den öffentlichen Nahverkehr ebenso gut angebunden wie an das Radwegenetz. Eine Haltestelle befindet sich direkt vor dem Eingang, so dass die Kleingartenanlage bequem zu erreichen ist. An mehreren Stellen ist die Kleingartenanlage öffentlich zugänglich und lädt zum Spazierengehen ein.

Harmonische Gestaltung

Die Gestaltung und Ausstattung der Gartenanlage ist insgesamt sehr harmonisch. Die Lauben fügen sich ästhetisch in das Gesamtbild ein. Hecken und Zäune sind konsequent niedrig gehalten, so dass ein sehr offener Eindruck entsteht. Auf Ökologie und Nachhaltigkeit legen die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner „An der Vils“ großen Wert. Die Artenvielfalt bei Kulturpflanzen wird gefördert und Bienen werden - ökologisch hochwertig - gehalten. Damit das Wissen um Artenschutz und Ökologie auch weitergegeben wird, wurden ein Lehrgarten und Naturlehrpfade eingerichtet.

Die Mittel für Projekte im Sinne der sozialen Stadt werden vom Verein sinnvoll für die Modernisierung und Erweiterung der Anlage eingesetzt. Neben Kooperationen mit verschiedenen sozialen Trägern fällt das harmonische Miteinander von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und sozialen Schichten positiv auf. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist im Verein deutlich höher als in der Kommune.

Auch über Nachwuchsprobleme kann man „An der Vils“ nicht klagen: Der demographische Wandel macht sich bisher nicht bemerkbar. Damit dies auch so bleibt, werden bei der Vergabe von freien Kleingärten Familien mit Kindern bevorzugt. **DK**



Eine neue Generation von Multifunktions-Geräteträgern präsentierte die Max Holder GmbH während der GaLaBau in Nürnberg. Den einsitzigen Arbeitsmaschinen C 250 und C 270 wird Mitte 2011 eine zweiseitige Variante folgen. Mit einer Gesamtbreite von lediglich 110 cm ist das Fahrzeug einzigartig gewegtaulich. Sogar bei der Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h wird dank gefederter Achsen, Absorption von Schwingungen und Stößen sowie auf Silent-Blöcken gelagerter Kabine völlig neuer Fahrkomfort geboten. Die Gesamthöhe ist variabel. Zusätzlich zum Heckkraftheber bietet das Fahrzeug einen dreidimensional beweglichen Frontkraftheber. Dieser kann Anbaugeräte nicht nur heben und senken, sondern durch die Querneigung auch ausgezeichnet an topografische Gegebenheiten anpassen. Selbstverständlich verfügen die neuen Maschinen im vielfältigen Ganzjahreseinsatz über die Vorzüge des bewährten Holder-Systems: Knicklenkung, hydrostatische Antriebe, permanenter Allradantrieb, Differentialsperre auf beiden Achsen, ausgewogene Gewichtsverteilung Radlastausgleich, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit und lange Lebensdauer. Kein Wunder, dass die Holder-Leute aus Nürnberg mit vollen Auftragsbüchern abgereist sind. Weitere Infos: www.max-holder.com. **□**

Überwachung von Salzstreuilsilos

Die Mobiworx GmbH stellte auf der IFAT ENTSORGA 2010 in München ihre neuartige Systemlösung zur automatischen Füllstandmessung und -überwachung von Salzsilos vor.

Unvergessen bleibt der hartnäckige Winter 2009 mit frostigen Temperaturen und schier unendlichem Schneefall. Viele Salzlager waren unerwartet schnell und vorzeitig geleert. Die Folge: in manchen Gebieten musste der Räumdienst kapitulieren, was teilweise mit verheerenden Konsequenzen für den Straßenverkehr verbunden war. Um künftig besser für die Wintersaison gerüstet zu sein, ist es für den Straßenbetriebsdienst unabdingbar, exakt zu wissen, wieviel Salz auf Lager ist.

Bisher wurde jedes Salzsilos einzeln angefahren und ein Mitarbeiter des Betriebsdienstes musste auf teilweise vereisten Leitern zum Silo hochsteigen und per Sichtkontrolle den Füllstand bestimmen. Diese Art der Füllstandmessung ist nicht nur sehr ungenau und gefährlich, sondern auch sehr umständlich und zeitintensiv.

Die neue Systemlösung von Mobiworx zur automatischen Füllstandmessung und -überwachung von Salzsilos erleichtert

dem verantwortlichen Disponenten die Arbeit erheblich. Das System besteht aus einem robusten Schaltkasten mit Bedienanzeige, der vor Ort am Silo angebracht ist. Nach der Authentifizierung mit einer entsprechenden PIN-Nummer zeigt das Display den aktuellen Füllstand des Silos sowie erfolgte Entnahmen oder Befüllungen in Tonnen an.

Via Internetkommunikation werden alle relevanten Daten automatisch und sekundenschnell in das vielseitige Internetportal www.mobidat.com übertragen. Der Anwender hat somit die Möglichkeit, von praktisch jedem Ort und zu jeder Zeit den aktuellen Füllstand in Erfahrung zu bringen. Einfach per Klick.

Exakt dokumentieren lässt sich auch welcher Fahrer zu welchem Zeitpunkt wieviel Tonnen Salz be- oder entladen hat. Die Dispositions- und Organisationsarbeit wird erleichtert durch genaue Anzeige des Fassungsvermögens des Silos, des aktuellen Füllstands und verschiedene Grenzstandanzeigen. **□**

Wiedenmann GmbH im Aufwind:

Top-Händler ausgezeichnet

Der Maschinenbauer Wiedenmann GmbH hat zum Abschluss des gut gelaufenen Geschäftsjahres seine besten Händler ausgezeichnet.

Mit professionellen Gerätschaften zur Grünflächenpflege sowie Schmutz- und Schneebeiseitigung konnte der schwäbische Hersteller einen Auftragszuwachs von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr verbuchen. Von den rund 350 deutschen Handels- und Servicestellen hatte die Schwarz GmbH in Aspach den größten Anteil daran: Nirgendwo in Deutschland hat Wiedenmann mehr verkauft als im Rems-Murr-Kreis in Baden-Württemberg. Der Händler zeichnete sich insbesondere durch seine hohe Kundenorientierung aus.

Den Titel des Importeurs mit der höchsten Zuwachsrate holte sich die Prochaska Handels GmbH in Wien, ein Unternehmen mit fast hundertjähriger Historie. Auf europäischer Ebene kauften die Kunden am liebsten bei dem Wiedenmann-Importeur in Inchinnan bei Glasgow. Auch in den USA lagen die Schwaben mit dem eigenen Stützpunkt in

Savannah vorn. Die konjunkturelle Talfahrt der Branche scheint überwunden: Allein in Deutschland legten die Verkäufe um 20 Prozent zu. Auf den für Wiedenmann wichtigen Auslandsmärkten läuft der Aufschwung langsamer. Vor allem die USA und Großbritannien seien noch nicht wieder auf dem Stand vor der Krise, hieß es in der Unternehmenszentrale in Rammingen. Wiedenmann liefert etwa drei Viertel seiner Maschinen ins Ausland. In Skandinavien und Spanien wird eine Erholung erst in 2011 erwartet. In Frankreich habe man die Vertriebsstrukturen optimiert und dadurch die schwierige Situation teils auffangen können.

Wiedenmann gilt als einer der führenden Hersteller von Profipflegegeräten insbesondere für Sportrasen und Golfanlagen. Die vielfach prämierten Anbaumaschinen für Kompakttraktoren zählen zu den produktivsten der Welt. **□**

40 Jahre Fendt in Bäumenheim

Bürgermeister a. D. Hans Eichhorn erstellte Firmenchronik

Vor 40 Jahren fanden in Bäumenheim, Altlandkreis Donauwörth, Veränderungen statt, die das Schicksal vieler Arbeitnehmer und Familien aus der Region nachhaltig beeinflussten. Diesen Umbruch hat der ehemalige Bürgermeister Hans Eichhorn nun dokumentiert. Er recherchierte die Geschichte der traditionsreichen Landmaschinenfabrik Lely-Dechentreiter und beleuchtet damit ein Stück Nachkriegsdeutschland.

Was 1896 mit der Gründung einer Reparaturwerkstätte durch Josef Dechentreiter begann, wird heute von der Firma AGCO/Fendt in Dechentreiters Heimatort noch immer fortgesetzt. Kaum ein Unternehmen im internationalen Landmaschinenbau kann auf eine derart lange Tradition zurückblicken, wie Hans Eichhorn in seiner Firmenchronik darstellt.

Dechentreiters Stunde schlug mit dem Bau einer elektromotorbetriebenen Kleindreschmaschine. 1922 war der Prototyp fertig gestellt. Es war eine Pionierleistung, mit der er sich nicht nur ein bleibendes Denkmal in der Technikgeschichte setzte, sondern auch einen regelrechten Verkaufsboom auslöste. Die Nachfrage nach der „Dechentreiter-Dreschmaschine“ war so groß, dass 1928 die Serienproduktion mit dem Bau einer großen Fertigungshalle beginnen konnte. Damit veränderte sich nicht nur Dechentreiters Betrieb grundlegend, sondern auch seine Heimatgemeinde Bäumenheim.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges endete die Wachstumsphase. Doch Dechentreiters Erfindergeist blickte selbst in dieser schwierigen Zeit noch weit nach vorne. Zusammen mit seinem Sohn tüftelte er

an einer Maschine, die mähen, dreschen und Stroh binden konnte. Bereits 1938 sah man den ersten Dechentreiter Versuchsmähdrescher in der Bäumenheimer Flur. Der Krieg verhinderte jedoch die Weiterentwicklung des Mähdreschers.

Große Marktanteile

Nach Kriegsende brachten Dreschmaschine und Mähdrescher Dechentreiter zunächst große Marktanteile. Doch war dieser Erfolg nur von kurzer Dauer, denn der Mähdrescher machte die Dreschmaschine überflüssig und verdrängte sie vom Markt. Ende der 50er Jahre war ihre Zeit abgelaufen. Die Produktion wurde eingestellt. Für Dechentreiter begann jetzt eine schwierige Zeit. Das Mähdreschergeschäft lief nicht wie erhofft, neu entwickelte Produkte waren noch nicht wirklich etabliert, die Produktionshallen konnten nicht mehr ausgelastet werden, die Mitarbeiterzahl ging drastisch zurück. Kaum jemand war deshalb über die Nachricht erstaunt, dass das Unternehmen an Cornelis van der Lely verkauft wurde.

1970 geriet die Landmaschinenfirma Lely-Dechentreiter, seinerzeit immerhin der zweitgrößte Industriebetrieb im Alt-

kreis Donauwörth, in Konkurs. Das Unternehmen war aufgrund langjähriger Patentrechtsprozesse seines Eigners van der Lely in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und so kauften die Brüder Hermann und Xaver Fendt aus Marktberdorf die gesamte Firma. Somit konnten immerhin etwa 1.000 Arbeitsplätze gesichert werden. Als Werk 3 wurde Bäumenheim ein Zweigwerk des schon damals bekannten Allgäuer Schlepperherstellers.

Bürgermeister Hans Eichhorn pflegte von 1978 an intensive Verbindungen zu den Hauptegnern, um Standortnachteile des Industriedorfs zu beseitigen, sprich eine überfällige Modernisierung und Umstrukturierung zu erreichen. Eichhorn heute: „Das gemeindliche Interesse war damals eine Ortskernsanierung mit Verlagerung der Hauptzufahrt Fendt.“ Mit dem Bau der Nordumgehung mit Bahnunterführung im Innerortsbereich sei u. a. auch mit der Ansiedlung weiterer Firmen eine neue Umfahrung mit direktem Anschluss von Fendt im Süden des Ortes möglich gewesen.

1997 wurde nach Darstellung Eichhorns zum Schlüsseljahr. Der überraschende Verkauf der gesamten Firma Fendt Ende 1996 an den amerikanischen Konzern AGCO löste zunächst bei allen Beteiligten, auch der Gemeinde, große Unsicherheit aus. Doch ging es in der Marktoberdorfer Schlepperproduktion und somit im Werk Bäumenheim stetig aufwärts. So kam es auf Anregung der Gemeinde auf dem bereits sanierten ehemaligen Firmenareal zum Bau eines zentral gelegenen Einkaufsmarktes und zur Aufstellung einer künstlerisch gestalteten Fendt-Stele als Industriedenkmal. Fendt/AGCO hat an exponierter Stelle ein Zeichen gesetzt.

2002, kurz bevor Eichhorns Amtszeit endete, gelang es, die schwierigen und lange währenden Grundstücksverhandlungen über den Kauf von weiterem Fendt-Gelände an der Hauptstraße abzuschließen. Ein millionenschwerer Grunderwerb und die Sanierung durch AGCO ermöglichte neue Planungen bzw. ab 2009 den Baubeginn für die „Neue Ortsmitte“.

Mit dem Bau einer großen Produktionshalle setzte AGCO 2009 neue Bauakzente im Industriebau. Nach der Fertigstellung

PLANEN
ERFASSEN
ÜBERMITTELN
AUSWERTEN

STARTEN SIE DURCH MIT EFFIZIENTER DATENERFASSUNG.

Profitieren Sie von der nutzbringenden Internetanwendung. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Merkmale von MOBI DAT®:

- Störungsfreier Dauerbetrieb
- Einfachste Anwendung
- Kundenspezifische Auswertung
- Weiterverarbeitung der Daten
- Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- Günstige Datenübermittlung

Telefon: 0 80 35/96 463 - 0
www.mobiworx.de

VBS-Jahrestagung in Landshut:

Ja zu privatwirtschaftlicher Wertstofftonne

„Von der Abfall- zur Rohstoffwirtschaft - das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz“ lautete das Motto der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e. V. (VBS) in Landshut. Schwerpunktthema war insbesondere die geplante Einführung einer Wertstofftonne. Zum Nachfolger für den verstorbenen Vizepräsidenten Harald Kirsch wurde Rainer Hofmann gewählt.

In seiner Festrede verwies vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt auf die Bedeutung der Entsorgungsbranche bei der Rohstoffversorgung der heimischen Industrie: „Als rohstoffarmes Land ist der Freistaat in besonderem Maße vom Import abhängig. Der weltweit steigende Rohstoffbedarf, eine zunehmende Konzentration auf Anbieterseite sowie die Einschränkung der Exporte von Förderländern zum Schutz eigener Industrien gefährden zunehmend die Rohstoffversorgung bayerischer Firmen. Vor diesem Hintergrund kommt der bayerischen Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft als inländischem Rohstofflieferanten eine Schlüsselrolle bei der Rohstoffversorgung zu. In Bayern werden über 70 Prozent des Abfallaufkommens recycelt oder zur Energieerzeugung genutzt. Das ist national und international ein Spitzenwert.“

Podiumsdiskussion

Im Rahmen einer von Rudolf Erhard vom Bayerischen Rundfunk moderierten Podiumsdiskussion, an der MdB Horst Meierhofer, Professor Dr.-Ing. Martin Faulstich (Vorsitzender des Sachverständigenrates für Umweltfragen), Helmut Schmidt (Vorsitzender VKS LG Bayern) und Otto Heinz (Präsident des VBS) teilnahmen, bekannte sich letzterer zu der geplanten Einführung einer Wertstofftonne, die privatwirtschaftlich organisiert sein müsse und die das derzeitige System der Verpackungsentsorgung um stoffgleiche Nichtverpackungen und weitere geeignete Wertstoffe erweitert.

Zugleich machte Heinz klar: „Ausschreibung und Clearing sollte in Zukunft Aufgabe der neuen staatlich beliehenen und neutralen Stelle sein. Außerdem muss es eine klare Trennung der Zuständigkeiten für private und gewerbliche Anfallstellen geben. Zudem sollte die Systemabstimmung zwischen Kommunen und der neuen staatlich beliehenen und neutralen Stelle erfolgen.“

Um ihre Wirtschaftskraft und Innovationskraft künftig weiter positiv

entwickeln zu können, brauche die Branche vor allem faire Wettbewerbsbedingungen. Gefordert werde die Abschaffung des Umsatzsteuerprivilegs kommunaler Entsorgungsunternehmen.

Andreas Bruckschen, Geschäftsführer BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V., verwies in seinem Vortrag „Vorfahrt für Recycling: Die Wertstofftonne“ darauf, dass es in einem Land ohne Primärrohstoffe perspektivisch nur eine dauerhaft verfügbare Ressource gibt: „Abfall und die darin enthaltenen Wertstoffe“. Eine Tonne Golderz enthält beispielsweise 5 Gramm Gold, eine Tonne Althandys 250 Gramm Gold.

Europäischer Luxus

Pro Jahr fallen in den EU-Staaten laut Bruckschen 2,9 Mrd. Tonnen Abfälle aller Art an, darunter rund 700 Mio. Tonnen Wertstoffe wie wichtige Metalle, Kunststoffe, Glas, Papier und Altholz. Jedoch wird knapp die Hälfte dieser wertstoffhaltigen Abfälle heute noch nicht genutzt - kein Recycling, keine Wiederverwertung. „Das bedeutet: Europa leistet sich den Luxus, Jahr für Jahr mehr als 300 Millionen Tonnen (Sekundär-) Rohstoffe wegzuworfen“, so Bruckschen.

Klarstellung erforderlich

Wie der Geschäftsführer darlegte, hätten die Umweltminister und Umweltsenatoren der Länder auf ihrer Ministerkonferenz im Juni in Bad Schandau im Grundsatz die in der Neufassung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vorgesehene Möglichkeit der Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne befürwortet. Der Bund werde gebeten, die Thematik sowie Regelungen zur Systemträgerschaft (Kommunen und/oder Duale Systeme) im Rahmen des Planspiels zur 6. Novelle der Verpackungsverordnung, das noch im Jahre 2011 abgeschlossen werden sollte, zu erörtern und dabei insbesondere der Frage der Finanzierung nachzugehen.

Nach Bruckschens Auffassung ist eine Klarstellung erforderlich, dass die Wertstofftonne auf privatwirtschaftlicher Basis erfolgt und keine Überlassungspflicht besteht: „Die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen ist Aufgabe der Wirtschaft und nicht des Staates. Nur die Privatwirtschaft hält die notwendigen Anlagen vor für Sortierung und Aufbereitung.“

Was den kommunalen Anspruch auf die Wertstofftonne angeht, so werde dieser mit dem Argument der Sicherung der Daseinsvorsorge begründet. Damit solle der Gefahr begegnet werden, dass die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bei schwindenden Abfallmengen und fehlender Planungssicherheit die ihnen obliegende Aufgabe der Entsorgungssicherheit nicht mehr erfüllen können.

Winterreifen:

Sinnvoll auch ohne Gesetz

Die große Mehrheit (81 Prozent) der Deutschen will in diesem Winter ihr Auto mit Winterreifen ausrüsten oder nutzt zumindest Ganzjahresreifen (16 Prozent). Nur zwei Prozent wollen auch zur kalten Jahreszeit auf Sommerreifen fahren. Das ergab eine repräsentative Befragung der psychonomics AG im Auftrag der Versicherungskammer Bayern. Die Nutzung von Winterreifen ist demnach in den letzten Jahren konstant auf hohem Niveau.

Wie Christian Kaffenberger, Leiter Kraftfahrtversicherung bei der Versicherungskammer Bayern, erläutert, „erhöhen Winterreifen in jedem Fall die eigene Sicherheit sowie die der anderen Verkehrsteilnehmer.“ Schon der kleinste Blechschaden sei zudem meist teurer als ein Satz Winterreifen.

Verantwortungsbewusst handeln

Hinzu kommt, dass auch die Versicherer ein gewisses Verantwortungsbewusstsein der Autofahrer erwarten. Bei einem Unfall kommt die Kfz-Haftpflichtversicherung des Verursachers zwar in jedem Fall für den Schaden des Unfallopfers auf. Für die Vollkasko-Versicherung gilt das allerdings nicht immer, wie Kaffenberger erklärt: „Wenn es vor Antritt der Fahrt erkennbar war, dass Sommerreifen völlig ungeeignet sind, kann die Versicherungsleistung für Schäden am eigenen Auto anteilig gekürzt werden. Wer bei jedem Wetter auf seinen Wagen angewiesen ist, kommt also um Winterreifen nicht herum.“

Ob das Profil eines Reifens

len können. In diesen Fällen sei zu erwarten, dass die Sicherung der Mengen für diese Anlagen im Vordergrund stehen kann.

Dynamik nicht unterbinden

Tatsache sei, dass die private Entsorgungswirtschaft Deutschland zum Rohstoffland und somit unabhängiger von Rohstoffimporten mache, fuhr der Geschäftsführer fort. Deshalb dürfe die Wachstumsdynamik nicht durch gesetzliche Überregulierung unterbunden werden. 85 % aller Sortier- und Aufbereitungsanlagen würden von privaten Unternehmen betrieben. Zudem sei die private Entsorgungswirtschaft weltweit führend in der Recycling- und Sortiertechnik.

Bruckschen abschließend: „Der faire Wettbewerb zwischen kommunalen und privaten Entsorgern ist Voraussetzung für ein anhaltendes Wachstum. Nur im freien Wettbewerb und nicht durch Rekommunalisierung wird Deutschland die Herausforderung meistern können.“

DK

Unimog:

Sicher ist sicher

In punkto Sicherheit fährt man mit dem Unimog auf der richtigen Seite. Das einzigartige Fahrzeugkonzept schützt Insassen sowie andere Verkehrsteilnehmer - dank optimaler Sicht, optimalem Bremsverhalten und vielen weiteren Sicherheitsausstattungen.

Einsteigen, losfahren - und sicher ankommen. Ob U 20, U 300 bis U 500 oder U 4000 bis U 5000, mit einem Unimog fährt man auf der sicheren Seite und sorgt zudem für mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Das versteht sich keineswegs von selbst. Jahr für Jahr gibt es zahlreiche schwere Kollisionen zwischen Arbeitsfahrzeugen und anderen Verkehrsteilnehmern.

Rundumschutz für Fahrer und Beifahrer

Die Fahrerkabine des Unimog verspricht ergonomisches und sicheres Arbeiten für Fahrer und Beifahrer. Zum Insassenschutz trägt die Sitzkonstruktion bei. Gerade im Falle eines Heckaufpralls schützen die integrierten Kopfstützen und 3-Punkt-Automatik-Sicherheitsgurte. Auch in punkto Vibrationsarmut setzt der Unimog Maßstäbe: Er unterschreitet die in § 5 der Arbeitsschutzverordnung geforderten Vibrationsgrenzwerte beim Mähen und Winterdienst.

In Tests mit dem Institut für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung bewies der Unimog, dass die Vibrationsbelastung für den Fahrer beim Mähen und bei der Überlandfahrt unterhalb des Auslösewertes der Lärm- und Vibrationschutzverordnung liegt. Dank vollgefedertem Fahrwerk, Kabinenfederung und luftgefedertem Komfortsitz verspricht der Unimog ermüdungsfreies Arbeiten. Zusätzlich punktet der Unimog dank einer guten Rundumsicht: Das Freisichtfahrerrhaus bietet jederzeit freie Sicht auf den Straßenverkehr und die Anbaugeräte. Die

europäischen Ländern gibt es zwar keine generelle Winterreifenpflicht, Unterschiede bestehen aber insbesondere bei der mindestens erforderlichen Profiltiefe der Reifen. Vorgeschrieben sind in Deutschland mindestens 1,6 Millimeter, in Österreich sind es 4 Millimeter. „Unabhängig von den Vorschriften empfehlen wir auch deutschen Autofahrern, auf eine Profiltiefe von mindestens 4 Millimetern zu achten“, sagt Kaffenberger. „Außerdem sollten die Reifen nicht älter als sechs Jahre sein, weil sie mit der Zeit anfangen zu verhärten und dann die Fahreigenschaften schlechter werden.“

weit nach unten gezogene Frontscheibe bietet auch mit den abgenommenen Mäh- und Winterdienstgeräten einen Sichtstrahl mit 12-Meter-Radius. Insgesamt fünf Spiegel an Fahrer- und Beifahrerseite sichern die Sicht nach hinten ab, begonnen beim beheizten und elektrisch verstellbaren Großflächen-Rückspiegel. Tote Winkel und Gefahrensituationen etwa am Zebrastreifen werden so erheblich verringert und entschärft. Auch die Sitzposition trägt hierzu bei: „Da der Fahrer dicht hinter der Vorderachse sitzt und damit im vorderen Bereich des Fahrzeugs, kann er z. B. Kreuzungen besonders früh einsehen“, erklärt Robert Ramsauer, Produktmanager Sonderfahrzeuge bei Mercedes-Benz Österreich.

Freie Sicht

Auch Unimog mit An- und Aufbauten bieten hervorragende Sichtverhältnisse. Denn alle Geräte mit Anbaubestätigung liegen innerhalb des gesetzlichen Rahmens bei der Sicht nach vorn. Sie sind so auf den Unimog abgestimmt, dass alle gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der freien Sicht erfüllt werden. Konkret: Beim Betrieb von den Frontgeräten wird der gesetzlich zulässige Abstand von Mitte Lenkrad bis Vorderkante Geräte von 3,5 Metern nicht überschritten. Folglich ist keine Ausnahmegenehmigung erforderlich.

Wenn ein Unimog in eine brenzlige Situation gerät, kann sich der Fahrer auf die hohe Bremsicherheit verlassen, die das Zwei-Kreis-Betriebsbremsensystem mit vier Scheibenbremsen direkt an den Rädern garantiert. Das 4-Kanal-ABS hält den Unimog zudem bei Gefahr manövrierfähig. „Auch bei einer Vollbremsung kann der Fahrer den Unimog dank ARS weitersteuern und so auch Hindernissen ausweichen. Ohne ABS müsste sich der Fahrer entscheiden: bremsen oder lenken“, betont Ramsauer. Zum anderen steht die zweistufige Motorbremse mit über 100 kW Bremsleistung zur Verfügung. Die automatisch-lastabhängige Bremse (ALB) regelt die Bremskraftverteilung zwischen Vorder- und Hinterachse, während die ABS-Steckdose den sicheren Betrieb von Anhängern organisiert.

Eine Marke der Daimler AG



Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauten und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Landkreis Miltenberg:

Offizieller Startschuss für Mittelschulverbände

Im Sitzungssaal des Miltenberger Landratsamts hat Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die Urkunden zur Namensverleihung der Mittelschulen im Landkreis an die Bürgermeister und Schulleiter der beteiligten Kommunen übergeben.

Landrat Roland Schwing stellte in seiner Begrüßung fest, dass die Bildung heute immer mehr über die Chancen junger Menschen in der Berufs- und Arbeitswelt entscheidet. Dabei spiele die Hauptschule eine sehr wichtige Rolle. Deshalb liege ihm, Schwing, die Stärkung und Weiterentwicklung der Hauptschule schon immer am Herzen. Er sei sehr froh darüber, dass der Landkreis Miltenberg als einer von acht Pilotlandkreisen ausgewählt wurde, in denen mit der Errichtung von Dialogforen eine neue Kultur der bildungspolitischen Diskussion gestartet wurde. Ausdrücklich lobte Schwing den Schulamtsleiter Klaus Kolb, der „mit unglaublicher Dynamik, großem Engagement und viel Überzeugungskraft“ für eine neue Form der Kooperation zwischen Schulen und Kommunen geworden habe.

Die Bürgermeister hätten daraufhin vorausschauend neue Wege der interkommunalen Zusammenarbeit besprochen. Schwing forderte dazu auf, ein neues Marketing gegen den schlechten Ruf der Hauptschulen zu entwickeln. „Nur ein gutes Produkt hat die Chance, lange zu überleben“, sagte der Landrat und wies darauf hin, dass die Hauptschule im Landkreis eine wichtige Einrichtung der Bildungsinfrastruktur sei.

Die Weichen gestellt

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bezeichnete das Konzept der Mittelschule als „Antwort auf die großen Herausforderungen der heutigen Zeit im Bildungsbereich“. Er sei stolz, dass über 90 Prozent der unterfränkischen Hauptschulen diesen Weg schon im laufenden Schuljahr eingeschlagen hätten. Im Landkreis Miltenberg seien die Weichen für diese Entwicklung schon sehr früh gestellt worden, lobte Beinhofer und verwies auf die Hauptschulkonferenz im Jahr 2007, in der sich Bürgermeister, Schulleiter, Elternbeiräte und Politiker zum Meinungsaustausch getroffen hatten. Weitsichtig habe Schulamtsdirektor Klaus Kolb schon damals erkannt, dass es wichtig sei, rechtzeitig Entwicklungen wahrzunehmen, damit man Chancen habe, Veränderungsprozesse mit zu gestalten.

Beinhofers Fazit: Schon weit vor Einführung der Mittelschule hätten die Verantwortlichen im Landkreis Miltenberg nach Problemlösungen gesucht. Das Schulamt habe in vielen Gesprächen mit Kommunen diese überzeugt, dass Kooperationen über Gemeinde-

grenzen hinweg notwendig seien.

Wie Beinhofer weiter sagte, sei mit dem ersten unterfränkischen Dialogforum im Jahr 2009 in Bürgstadt der Einstieg in die Organisation der Mittelschule als logischer Weiterentwicklung dieser Hauptschulstrukturierung gelungen. Ministerialdirigent Dr. Peter Müller sei damals von den ziel führenden und ergebnisorientierten Beiträgen der kommunal und schulisch Verantwortlichen beeindruckt gewesen. Auch angesichts zurückgehender Schülerzahlen im Landkreis Miltenberg – derzeit besuchen 7700 Schüler die Grund- und Hauptschulen, 2015/16 werden es weniger als 6000 sein –, seien die Schulverbände gut aufgestellt und böten die Gewähr dafür, möglichst viele Schulstandorte noch lange zu sichern.

Fokus auf Inhalte

„Eine Mittelschule, die die Schüler auf dem Weg der Berufsfindung begleitet, die sich einer vertieften Berufsorientierung verschreibt, die die individuellen Fähigkeiten über passgenaue individuelle Lernkonzepte fördert, sichert als weiterführende Schule gute Bildungschancen“, so Beinhofer. Sie biete den Schülern mit all den angebotenen Abschlüssen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nun müsse an den Inhalten gefeilt werden, um die Mittelschule lebendig und zeitgemäß zu entwickeln.

Folgende Mittelschulverbände gibt es nun im Landkreis:

- Rektor Ottmar Waigand (Kleinwallstadt) koordiniert den Mittelschulverband mit den Gemeinden Leidersbach (Rektor Michael Büttner), dem Markt Sulzbach (Fritz Lang), dem Markt Elsenfeld (Harald Frankenberger) und dem Markt Eschau (Gerhard Ammon).
- Rektor Ludwig Adrian (Großwallstadt) koordiniert den Mittelschulverband mit der Stadt Oberburg (Alfred Seelmann).
- Rektor Ulrich Wohlmuth (Erlenbach) koordiniert den Mittelschulverband mit den Städten Wörth (Bruno Sumpff) und Klingenberg (Theo Sauer).
- Rektor Ekkehard Seit (Kleinheubach) koordiniert den Mittelschulverband mit der Stadt Amorbach (Bernd Müller) und dem Markt Großheubach (Robert Magenheim).
- Rektor Peter Spörl (Miltenberg) koordiniert den Mittelschulverband mit dem Markt Bürgstadt (Bruno Meisenzahl) und der Gemeinde Faulbach (Jens Marco Scherf).

Zukunftsatlas 2010

Oberbayerische Landkreise haben sehr gute Zukunftschancen

Der Vorsitzende des CSU-Bezirksverbandes Oberbayern, Staatsminister Siegfried Schneider, zeigte sich erfreut über die jüngsten Ergebnisse des „Zukunftsatlas 2010“, bei dem alle 412 kreisfreien Städte und Kreise Deutschlands im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Perspektiven untersucht wurden.

„Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Oberbayern der Regierungsbezirk in Bayern und ganz Deutschland ist, in dem es sich am besten leben und arbeiten lässt. Wir sind wirtschaftlich stark, kulturell reich und landschaftlich schön“, sagte Schneider. Dieses Erbe gelte es zu erhalten und auszubauen.

Mit Stadt und Landkreis München und dem Landkreis Starnberg kommen drei der vier Erst-

platzierten aus Oberbayern und 12 der besten 40 Regionen liegen in Oberbayern. Das sei das Ergebnis der hervorragenden Leistungen der hier tätigen Unternehmen und Mitarbeiter, aber auch das Resultat richtiger politischer Weichenstellungen.

So konnte der Freistaat Bayern z. B. in den vergangenen Monaten durch den Mittelstandsschirm mehr als 2.000 Unternehmen in der wirtschaftlichen Krise helfen.

Im Namen aller Bürgermeister des Landkreises Miltenberg gratulierte Michael Berninger, Bürgermeister der Stadt Erlenbach und Kreisvorsitzender des Bayerischen Städte- und Gemeindetages, zur Namensverleihung. „Ich bin überzeugt davon, dass die Mittelschulverbände eine gute Lösung sowohl für die Haupt-

schulen als auch für die Kommunen sind“, sagte er, nun gehe es an die innere Gestaltung. In der Gestaltung der Verbände seien die Wünsche vieler Kommunen erfüllt worden, sagte Berninger. Auch er dankte ausdrücklich Schulamtsleiter Kolb für dessen Weitsicht, die die Basis für eine wegweisende interkommunale Zusammenarbeit gewesen sei. Auch die Jugendsozialarbeit an den Schulen sei ein wesentlicher Fortschritt, so Berninger, der dennoch nicht die Augen davor verschloss, dass noch viele weitere Aufgaben im bildungspolitischen Bereich von den Verantwortlichen gelöst werden müssten. □



Freundeskreis Landshut – Nowosibirsk:

Viel geplant fürs Jubiläumsjahr

Landkreisgemeinden tragen die Partnerschaft mit

Im Dezember 1990 wurde im Landshuter Kreistag beschlossen, eine Partnerschaft mit Rayon Nowosibirsk einzugehen und im Januar 1991 wurden die Partnerschafts-Urkunden unterzeichnet. Seit 1997 kümmert sich der Freundeskreis Landshut-Nowosibirsk um die beständige Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen auf vielen Ebenen. Und so hatte auch der Verein mit seinem Vorsitzenden Helmut Wimmer bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung den Blick fest auf das Jubiläumsjahr gerichtet. Unser Bild zeigt die Vorstandschaft mit Landkreis-Bürgermeistern (v. l.) Vorsitzender Helmut Wimmer; Gerhard Wetzstein; Inge Maier; Maximilian Sailer; Gerhard Babl (Bgm. Velden); Ruth Müller; Arno Wolf; Luise Hausberger (Bürgermeisterin Baierbach); Manfred Leib; Josef Nagl (Bgm. Kumbhausen); Manfred Kaschel (Bgm. Gerzen). □

Treffen mit CSU-Oberbürgermeistern

Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer hat bei einem Treffen mit den CSU-Oberbürgermeistern in München zugesichert, dass die CSU die Interessen der Kommunen bei den anstehenden Verhandlungen in Berlin zu den Kommunalfinanzien mit allem Nachdruck vertreten wird: „Die Kommunen können sich bei den Verhandlungen für die Zukunft der Kommunalfinanzien fest auf die CSU verlassen. Die CSU wird für eine kommunalfreundliche Politik nicht nur in Bayern, sondern auch in der Bundesregierung sorgen. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer gegen den Willen der Kommunen ist mit der CSU nicht zu machen.“

Seehofer mahnte eine finanzielle Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite durch den Bund an: „Wir haben es in Bayern geschafft, dass wir unseren Kommunen trotz der Sparanstrengungen für einen ausgeglichenen Haushalt künftig einen höheren kommunalen Finanzausgleich geben können. Jetzt wollen wir die Kommunen davor bewahren, dass Ihnen diese höhere Zuwendungen durch Ausgabensteigerungen vor allem im Sozialsektor wieder aufgefressen werden. Eine durchgreifende Verbesserung der Kommunalfinanzien wird nur durch eine bundesgesetzliche Regelung für eine Reduzierung der Kommunalausgaben zu erreichen sein.“ Die CSU wird dazu die Vorschläge des bayerischen Gesetzentwurfs für ein Kommunales Entlastungsgesetz (KEG) mit Nachdruck weiterverfolgen.

Seehofer sprach sich dafür aus, dass der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter übernimmt, die bislang die Kommunen aufbringen müssen: „Die Kommunen sind kein Ersatz-Rentenversicherungsträger. Es ist ordnungspolitisch sauberer, wenn der Bund Kosten einer Leistung übernimmt, die bei den Kommunen falsch angesiedelt sind.“ Seehofer verwies darauf, dass die Grundsicherung mit einer Steigerung von 190 % seit 2003 die größte Dynamik bei den Sozialausgaben besitzt und mit einem Volumen von insgesamt 4 Milliarden Euro immer mehr Kommunen überfordert. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde von der rot-grünen Bundesregierung mit einer Kostentragungspflicht durch die Kommunen eingeführt. □

„Aktive Wirtschaftspolitik war und ist das Zeichen von CSU-geführten Regierungen, und das wird auch in Zukunft so bleiben“, sagte der Bezirksvorsitzende. Die Studie belege auch, dass Bayern mit der politischen Schwerpunktsetzung auf Familie, Bildung und Innovation auf dem richtigen Weg sei. „Hochqualifizierte so-

wie Forschung und Entwicklung sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit einer Region“ so eine zentrale Aussage der Studie. „Die Ergebnisse des Zukunftsatlas 2010 sind eine Bestätigung unseres politischen Weges, aber auch Ansporn, in Zukunft nicht nachzulassen“, resümierte Bezirksvorsitzender Schneider. □

Region Mainfranken GmbH gegründet

Die Region Mainfranken GmbH hat die Nachfolge der Chancen-Region Mainfranken angetreten. Gesellschafter sind die Städte Würzburg und Schweinfurt, die Landkreise Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Main-Spessart, Kitzingen, Schweinfurt und Würzburg sowie die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt (IHK) und die Handwerkskammer für Unterfranken (HWK). Ziel ist die Regionalentwicklung im Spannungsfeld zwischen den Metropolregionen Nürnberg, Frankfurt und Stuttgart.

Im Würzburger Rathaus wurde der Gesellschaftsvertrag zur Region Mainfranken GmbH unterzeichnet. Das Stammkapital von 49.995 Euro brachten die Mitglieder zu gleichen Teilen ein. Das Jahresbudget von zunächst 420.000 Euro wird nach einem Beitragsschlüssel berechnet, dem hauptsächlich die Einwohnerzahl der jeweiligen Gebietskörperschaften zugrunde liegt.

Umstrukturierung

Die Gründung der GmbH markiert den Abschluss einer Umstrukturierung des Regionalmarketings. Dazu waren zunächst die positiven Beschlüsse sämtlicher Entscheidungsgremien in den Städten und Landkreisen sowie den Wirtschaftskammern erforderlich. Damit war grünes Licht für die neue Region Mainfranken GmbH gegeben. Gemeinsam wollen die Akteure schlagkräftiger auftreten als bisher und mit einem erweiterten Aufgabenspektrum den verschärften Wettbewerb der Regionen bestreiten. Als erste Aufgabe hat man beschlossen, regionale Kräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik in einem „Rat der Region“ zu bündeln. Mehrere Fachforen sollen umfassende Entwicklungsarbeiten für den Standort Mainfranken leisten. Gemeinsame Projekte sollen Mainfranken bundesweit zu einer positiv besetzten Marke mit dynamischen und attraktiven Merkmalen machen.

Den Vorsitz hat der Würzburger Oberbürgermeister Georg Rosenthal (SPD) übernommen. Zu seinem Stellvertreter wurde Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld/CSU) gewählt. In nicht öffentlicher Sitzung wurde Asa Petersson zur Geschäftsführerin bestellt. Mit mehr finanziellem Handlungsspielraum als bisher will Rosenthal „die Schlagzahl erhöhen“. Man wolle die eigenen Stärken deutlich machen und zwischen den Metropolregionen bestehen. Als Beispiele der Aufgabenstellungen nannte er die Komplettierung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, eine Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsmarkt für die Menschen der Region und eine festere Positionierung der heimischen Wirtschaft. Daneben soll die Fortführung der Idee einer Gesundheitsregion und die Elektromobilität die Region bewegen.

Lebenswertes Umfeld

Auch dem drohenden Fachkräftemangel im Zuge der demographischen Entwicklung will die Region Mainfranken GmbH vorbeugen, indem sie den Betrieben gute Rahmenbedingungen schafft und den umworbene Hochqualifizierten ein besonders lebenswertes Umfeld anbietet.

Entscheidend für die Fortentwicklung der Chancen-Region sei das weitere Mitwirken der beiden Wirtschaftskammern gewesen, gab Landrat Thomas Bold (Bad Kissingen/CSU) zu verstehen. Sein Kollege aus dem Landkreis Schweinfurt, Harald Leitherer (CSU) geht davon aus, dass die neue Basis der Zusammenarbeit „der Gefahr einer Zerstückelung der Region vorgebeugt“ habe. Allerdings sieht Tamara Bischof (Landrätin von Kitzingen/Freie Wähler) nichts Unanständiges darin, mit Nachbargebieten zu kooperieren. So verspre-

che sich der Landkreis Kitzingen Vorteile von einer gemeinsamen Regionalentwicklung in Mainfranken, bleibe aber weiterhin Mitglied der Metropolregion Nürnberg, weil man sich damit vor allem „zusätzliche Chancen im Tourismus“ ausreche.

Ausdrücklich dankten die Vertreter der GmbH dem Regierungspräsidenten von Unterfranken, Dr. Paul Beinhofer, der die Chancen-Region Mainfranken seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 als Vorsitzender geführt hatte. Er sprach von einem „Meilenstein in der Entwicklung der Region“. Mit der Einholung eines Gutachtens hatte Beinhofer selbst im Jahr 2008 den Anstoß für die Neuausrichtung gegeben. Mainfranken sei gut genug, „in der Mitte Deutschlands eine eigenständige Rolle“ zu spielen. wkn

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPVP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPVP)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Ein schwungvoller Standort

Landkreis Landshut präsentiert sich in neuer Wirtschaftsbroschüre

Einen rundum positiven Eindruck von der Region vermittelt die vom Landratsamt Landshut vorgelegte Publikation „Landkreis Landshut – Ein schwungvoller Standort“. Die 36 Seiten umfassende Broschüre kam laut Wirtschaftsförderreferent Ludwig Götz auf Anregung einer Reihe von Betrieben zustande, die zum Teil weltweit tätig sind und wissen, wie wichtig Werbung ist. Adressaten sind vor allem Fach- und Führungskräfte.

Landshuts Landrat Josef Eppeneder fand bei der offiziellen Vorstellung lobende Worte für das Druckwerk: Modernste Infrastruktur, die Nähe zum Großflughafen München, zahlreiche Möglichkeiten, sich in attraktiven Gewerbe- und Industriegebieten anzusiedeln – die Vorzüge des Wirtschaftsstandorts Landkreis Landshut würden in Wort und Bild ins beste Licht gerückt. Ohnehin sei die „Richtschnur unseres politischen Handelns“, die starke wirtschaftliche Basis in Form regionaler Unternehmen zu fördern, eine hohe Lebensqualität für die Bürger zu erzielen, flächendeckend eine zeitgemäße Infrastruktur zu schaffen und zu erhalten, hochwertige kulturelle Angebote zu fördern und somit die Region als intakten Wirtschafts- und Lebensraum zu erhalten und auszubauen, betonte Eppeneder.

International etablierte Unternehmen

Der Erfolg vieler heimischer Firmen wirft ein authentisches Licht auf die Qualität des Wirtschaftsstandorts Landshut und der dort ansässigen Unternehmen: Viele haben sich interna-

tional etabliert. So ist es nicht verwunderlich, dass auch unter den Siegern des Wettbewerbs „Bayerns Best 50“ immer wieder Unternehmen aus dem Landkreis Landshut zu finden sind, darunter die Otto Spanner GmbH in Bayerbach (Dienstleister und Spezialist für Press-, Stanz- und Tiefziehteile sowie Baugruppen aus Metall) oder die europaweit tätige Agrolab-Laborgruppe mit Sitz in Bruckberg. Die 16 Institute der Agrolab-Gruppe sind spezialisiert auf chemische, biologische und physikalische Analytik aus den Bereichen Umwelt, Lebensmittel und Agrar. Der Grundgedanke ist es, hoch zuverlässige Messergebnisse preiswert und termingerecht zu liefern.

E.ON Bayern Umweltpreis

Für die Energie- und Rohstoffeinsparung der Batteriesystemtechnik wurde die Deutronic elektronik GmbH in Adlkofen mit dem E.ON Bayern Umweltpreis 2009 ausgezeichnet. Das Unternehmen fertigt und vertreibt Stromversorgungen, elektronische und elektromechanische Baugruppen, Teile und Geräte, Test- und Prüfsysteme und bietet zudem Untersuchungen zur Elek-

tromagnetischen Verträglichkeit sowie Beratung an.

„Ein Wirtschaftsraum mit Blick nach vorne“ – diese Losung, als Überschrift des ersten Kapitels gewissermaßen auch die Leitlinie des Prospekts, wird anhand der führenden Wirtschaftsbereiche dargestellt: Automobilindustrie, Informationstechnik und Logistik. Zugleich wird darauf verwiesen, dass der gesunde Branchen-Mix bei den Unternehmen im Landkreis Landshut das flexible Netz bildet, das Schwankungen der Konjunktur auffängt und dazu führt, dass die Arbeitslosenquoten auch in schwierigen Zeiten mit zu den niedrigsten in Bayern und damit in Deutschland zählen.

Einer der großen Pluspunkte der Region und Grundlage der Erfolge der Unternehmen sind die hoch qualifizierten und motivierten Mitarbeiter der Firmen. Die Bevölkerung des Landkreises Landshut nahm im Laufe der Jahre kräftig zu: So zeigt sich im Zehnjahresvergleich 1997 bis 2008, dass der Landkreis mit acht Prozent Bevölkerungszunahme niederbayernweit ganz oben steht.

Junger Landkreis

Der Zuzug von Bürgern und die wirtschaftliche Stärke führen auch dazu, dass der Landkreis Landshut im alternden Deutschland in punkto Altersstruktur ein sehr erfreuliches Bild abgibt: Der Landkreis gehört mit einem Durchschnittsalter der Bevölkerung von 40,7 Jahren und einem Anteil der unter 18-Jährigen von 20,2 Prozent sowie einer hohen Geburtenrate zu den „jüngsten Landkreisen“ des Freistaats.

Runder Tisch

Wirtschaftsförderung sowie die Förderung von Investitionen neuer Unternehmen haben in der Landkreis-Politik einen hohen Stellenwert: In der Wirtschaftsbroschüre ist symbolisch der „Runde Tisch“ für Unternehmer abgebildet, an dem im Landratsamt bereits im Vorfeld Vorhaben besprochen werden, um eventuelle Probleme frühzeitig auszuräumen.

Vielältige Kooperationsmöglichkeiten bietet den regionalen Unternehmen die Hochschule Landshut: Technologie- und Wissenstransfer mit technologischen, betriebswirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Inhalten.

machte Dahlmann deutlich. Gründe seien die von den zu erwartenden globalen wie auch regionalen Klimaänderungen verursachten Beeinträchtigungen und Verluste von Böden sowie die Nutzungs- und Versorgungsansprüche einer wachsenden Bevölkerung. Dadurch dürften sowohl Handlungserfordernisse aber auch Interessenkonflikte weiter zunehmen, wobei letztere die Umsetzung von erforderlichen Schutzmaßnahmen erschweren. Ein entscheidender Beitrag sowohl zum Klimaschutz als auch zum Bodenschutz bestehe darin, die C-Senkenfunktion (Kohlenstoffhaushalt) der Böden so weit wie möglich zu erhalten, wieder herzustellen oder nachhaltig zu verbessern.

„Biogaszeugung im Fokus des Boden- und Gewässerschutzes“ lautete das Vortragsthema von Udo Karch von der DVGW-Forschungsstelle am Engler-Bunte-Institut des Karlsruher Instituts für Technologie. Nach Auffassung des Wissenschaftlers kann eine ungetriggerte und unkontrollierte Biogasnutzung erhebliche Risiken für die Umwelt mit sich bringen. In ers-

binden, leisten wir damit einen aktiven natürlichen Beitrag zum Klimaschutz.“ Das bis Ende 2012 dauernde Projekt wird gemeinsam von Landesamt für Umwelt mit der TU München-Weihenstephan durchgeführt. Insgesamt sind dafür rund 360.000 Euro aus dem Klimaprogramm Bayern 2020 veranschlagt.

Informationsoffensive

Bernhard Wagner vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Hof stellte seinerseits das Projekt „Informationsoffensive Oberflächennahe Geothermie“ vor. Er verwies darauf, dass am LFU landesweit großmaßstäbliche geowissenschaftliche Karten erstellt werden mit dem Ziel, daraus flächendeckende Informationen für die Nutzung der oberflächennahen Geothermie bereit zu stellen. Die erarbeiteten Karten seien auch eine wesentliche Grundlage für die Bearbeitung von zahlreichen Fragestellungen im Bodenschutz.

Dass Boden- und Klimaschutz untrennbar miteinander verbunden sind, hob Irene Dahlmann, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, hervor. Es gelte, die Rolle der Böden im und für den Klimawandel und dessen Folgen stärker hervorzuheben und hinreichend verständlich darzustellen. Damit könne auch ein wichtiger Beitrag zu einem insgesamt verbesserten Bodenbewusstsein erzielt werden.

„Der Nutzungsdruck auf die Böden wird weiter zunehmen“,

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ach, das möchte ich auch mal können! Mich in einen Elfenbeinturm ohne Realitätsbezug zurückziehen und Gutachten produzieren, die zwar richtig und stimmig sind, dennoch niemandem nützen, mir aber Geld bringen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schlug mit der flachen Hand auf einen Zeitungsausschnitt, den er von zu Hause mitgebracht hatte.

Ein hochgeachteter Professor der Wirtschaftswissenschaften hat von seinen Studenten ausrechnen lassen, dass es in Zeiten des demographischen Wandels billiger kommt, die Einwanderung von jungen Arbeitnehmern aus dem Ausland zu fördern, als die Geburtenrate der eigenen Bevölkerung zu heben. Begründung: Selbst ein schlecht qualifizierter Zuwanderer zahlt im Laufe seines Berufslebens mehr Steuern, als unsere Gesellschaft in ihn investieren muss; vor allem, weil er

de von einem Elektrotechniker erwartet wird?

Zudem ist der Gedanke ja wohl etwas zynisch, wir sollten in unserem Land auf Kinder verzichten und dafür einen brain drain aus dem Ausland in Gang setzen. Zynisch, weil wir dann andere Länder ausbeuten, indem wir ihnen gerade ihre – auf welchem Niveau auch immer – ausgebildete Bevölkerung entziehen, die sie selbst für ihre Entwicklung brauchen.

Schlimmer noch: Die Studie zeigt, dass die Verfasser möglicherweise etwas von Zahlen verstehen, aber gesichert wenig von den Menschen und der Entwicklung ihrer Organisation in Gesellschaften. Menschliche Gemeinschaften sind nicht ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie ökonomische Ordnungsformen, bei denen die Schaffung eines Maximums an Wohlstand im Vordergrund steht. Sie haben vielmehr viel mit Traditionen, Kulturen, gemeinsamen Vorstellungen und Erfahrungen aus der Vergangenheit, mit den Entwicklungen des Denkens und der Philosophie, ja im weitesten Sinne auch mit Verabredungen über den Umgang mit religiösen Vorstellungen zu tun. In der Geschichte ist noch jedes Land untergegangen, das in seiner Bevölkerung zu heterogen war.

Politik mit dem Rechenschieber

seine Ausbildung schon mitbringt. Richtig teuer seien unsere Kinder, weil wir ihnen von der Kita über die Schule bis zur Universität kostspielige Qualifizierungsangebote machen.

Tja, da muss man erst mal durchschauen. Bevölkerungspolitik mit dem Rechenschieber und ohne ganz elementare Fragen zu beantworten: Kommen zu uns lauter 20 bis 30-Jährige, in ihrer Heimat auf welchem Niveau auch immer ausgebildete Zuwanderer oder befinden sich darunter nicht auch Unqualifizierte? Sozialfälle? Kinder gar? Zudem: Sind die Qualifikationen aus anderen Ländern wirklich von der Güte, wie wir sie in unserem Hochtechnologie- und starker Betonung auf entwicklungsintensive Branchen brauchen? Natürlich stimmt es einen nachdenklich, wenn berichtet wird, bei uns führen reihenweise Ingenieure aus Entwicklungsländern Taxi, Physikerinnen gingen putzen oder EDV-Spezialisten arbeiteten auf dem Bau. Aber sind es wirklich nur bürokratische Hürden, die diese Menschen von der Karriere in Deutschland abhalten oder könnte es nicht auch sein, dass, wer seinen Abschluss in Elektrotechnik in einem Land des Mittleren Ostens gemacht hat, eben doch nicht alles kann, was hierzulan-

Nun gut, in Deutschland werden immer weniger Kinder geboren, die Bevölkerung wird im Durchschnitt älter denn je in der Geschichte und dieser Trend ist – wenn überhaupt – nur langfristig umzukehren, weil ja jetzt die geburtschwachen Jahrgänge selbst ins gebärfähige Alter kommen. Aber muss es unbedingt von Nachteil sein, wenn in unserem dicht besiedelten Land weniger Menschen wohnen? Und: Warum untersuchen die Wissenschaftler nicht einmal, wie man Wohlstand auch mit weniger und älteren Menschen sichern kann?

Mein Chef, der Bürgermeister, will das Thema Demographie jetzt bei uns in Städtchen anpacken. Und damit er dabei die Kinder nicht vergisst, bekommt er ein Kalenderblatt mit dem Satz des amerikanischen Philosophen Neil Postman: „Kinder sind die lebenden Botschaften, die wir einer Zeit übermitteln, an der wir selbst nicht mehr teilhaben werden.“

Ihre
Sabrina

Marktedwitzer Bodenschutztag:

Bodenschutz – Bioenergie – Altlasten

Auch im Jahr 2010 setzte sich die erfolgreiche Reihe der Marktedwitzer Bodenschutztag fort. Heuer widmete sich die bei staatlichen und kommunalen Einrichtungen, Ingenieurbüros sowie Universitäten beliebte Veranstaltung den aktuellen Themen „Bodenschutz in Europa – Ziele und Umsetzung“, „Bioenergie – Chance oder Risiko für den Bodenschutz?“ sowie „Erkundung von Altlasten: Aktuelle Methoden und Qualitätssicherung“. Mit einer Exkursion in die Tschechische Republik wurde die dreitägige Zusammenkunft abgerundet.

Wie Oberbürgermeisterin Dr. Birgit Seelbinder in ihrer Begrüßung darlegte, verschlechtert sich die Bodenqualität in allen EU-Mitgliedsstaaten zunehmend. Bestehende Bestimmungen sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene könnten derzeit nur einen unvollständigen Bodenschutz gewährleisten. Abhilfe könnte hier ein EU-einheitliches Vorgehen schaffen. Die Idee der Kommission sei die Einführung einer europäischen Bodenschutzrichtlinie. Da Bayern längst ein passgenaues, eigenes Bodenschutzgesetz sowie ein bundesweit einzigartiges Bodenschutzprogramm habe, werde der mit der Einführung einer EU-Bodenrahmenrichtlinie verbundene Mehraufwand eher kritisch gesehen.

Neue Studie

Wie groß ist der Einfluss der Böden auf das Klima? Das Klimaschutzpotenzial der bayerischen Böden und den Einfluss der Bewirtschaftung soll nach den Worten von Umweltstaatssekretärin Melanie Huml eine neue Studie erforschen. „Braunerde, Podsol und Co. können einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas leisten.“ Der Boden besitzt nach den Worten Humls das Potential, zusätzlich Kohlenstoff auf Dauer zu binden und damit das Klima zu schützen. Er könnte einen größeren Einfluss auf das Klima haben, als bislang angenommen. Huml: „Wenn es uns gelingt, möglichst viel Kohlendioxid dauerhaft im Boden zu

Diese Möglichkeiten zu nutzen, bedeutet laut Broschüre „vom Know-how und der Kompetenz der Hochschule und ihrer Professoren zu profitieren sowie Forschungs- und Entwicklungsergebnisse betrieblich umzusetzen“.

Weiche Standortfaktoren

Dort, wo investiert wird, muss auch die Lebensqualität stimmen. „Abwechslungsreiche Landschaften und vielfältige Freizeitmöglichkeiten, eine gute medizini-

sche Versorgung und auch das Kulturangebot sind als weiche Faktoren gewichtige Punkte, die bei Standortentscheidungen gegebenenfalls auch ausschlaggebend sein können“, erklärt Wirtschaftsförderreferent Götz.

Kinder sind Zukunft

„Kinder sind unsere Zukunft.“ Im Landkreis Landshut ist dies sichtbar. Um Familien zu unterstützen, wurde und wird ein tragfähiges Netz an Kindertagesstät-

ten aufgebaut – aufgrund des gesellschaftlichen Wandels ein wichtiger Standortfaktor. Kindertagesstätten werden von allen Landkreiskindern genutzt. Für jedes Kind steht ein Kindertagesplatz im Landkreis zur Verfügung. Dazu wächst das Netz an Kinderkrippen für Kinder von 0 bis 3 Jahren stetig. Im Landkreis Landshut gingen in den vergangenen drei Jahren 19 Kinderkrippen in Betrieb. Die Errichtung weiterer 14 Krippen ist derzeit in Planung. **DK**

ter Linie seien es die Schutzgüter „Boden“, „Grundwasser“ und „Luft“, die langfristig wirkenden Beeinflussungen ausgesetzt sind. Bei fahrlässigem und unsachgemäßem Umgang könnten in Zukunft nachhaltige Schädigungen der primär tangierten Schutzgüter erwartet werden, die wiederum über die Nahrungskette bzw. über Stoffwechselprozesse die nachgeordneten, höherwertigen Schutzgüter „Mensch“, „Tier“ und „Pflanze“ negativ beeinträchtigen würden.

Biogaszeugung

Demgegenüber kann laut Karch eine deutliche Erhöhung des Biogasanteils am Gesamtgasverbrauch nicht nur als ein positiver Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise interpretiert werden (CO₂-Reduktion durch Einsparung fossiler Energieträger), auch weitere umweltrelevante Vorteile könnten mit dieser energiepolitisch-technischen Weichenstellung verbunden sein. Durch einheitlich geregelte und koordinierte Vorgehensweisen biete sich insbesondere hinsichtlich industriell betriebener Groß-

anlagen die Chance, organisatorische und technische Fehlentwicklungen zu korrigieren und für künftige Neuanlagen – unabhängig von deren Kapazität – auszuschließen. Zudem könnten Schadstoffanreicherungen in Böden durch den Einsatz problematischer Düngemittel wie schadstoffbelastete Gärreste/Gülle/Klärschlämme nachhaltig vermieden werden.

Steuerungsinstrument

Eine kontrollierte und nachhaltige Biogasproduktion sei dabei in der Lage, als Steuerungsinstrument in folgenden Bereichen zu fungieren:

- Verbesserungen der technischen Standards zur Erhöhung der Betriebssicherheit durch bundeseinheitliche Genehmigungsverfahren für alle Biogasanlagen
- Energiepflanzenanbau unter Berücksichtigung von Gewässerschutzaspekten und pflanzenbedarfsgerechte Ausbringung schadstoffarmer Gärreste
- Kanalisierung von Abfallströmen und deren energetische Verwertung durch kontrollierte Zuweisung definierter Abfallstoffe

an bestimmte Anlagentypen mit Ausschluss der landwirtschaftlichen Verwertung der Gärreste oder ggf. strengen Regelungen hinsichtlich einer möglichen Verwertung unter Boden- und Gewässerschutzaspekten

Forschungsbedarf

„Unter der Voraussetzung, dass die gesetzlichen Regelungen den beschriebenen Erfordernissen angepasst werden, ist der ökologische Nutzen einer industriell betriebenen Biogasgewinnung unter Nachhaltigkeitsaspekten höher einzuschätzen als die potenziellen Risiken für die Umwelt“, betonte Karch. Wegen einer insgesamt immer noch ungenügenden Datenlage bzgl. der Schadstoffgehalte von Gärresten und zur kontinuierlichen Fortschreibung des Stands der Technik bestehe aus Sicht des Umweltschutzes aber „weiterhin Forschungsbedarf“. **DO**

Erster Kindertag im Landratsamt München:

Spannendes Programm

Unter dem Motto „Heute entdecke ich die Arbeit meiner Eltern“ waren vor kurzem rund 80 Kinder im Alter von einhalb bis 13 Jahren im Landratsamt München zu Besuch, um einmal den „Berufsaltag“ ihrer Eltern direkt vor Ort kennen zu lernen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes haben sich für die kleinen Besucher ein spannendes Programm ausgedacht. Nach einem gemeinsamen Frühstück ging's, mit einem Rucksack bepackt, in kleinen Gruppen durch die Abteilungen zu verschiedenen Stationen. In der Bauabteilung erfuhren die Kinder zum Beispiel wie man ein Haus ganz ohne Heizung bauen kann. Und im Anschluss durften sie natürlich ihr eigenes Traumhaus konstruieren.

Professionelle „Verarztung“

An der Station „Tiere und Natur“ wartete eine gefleckte Holzkuh darauf, von den kleinen Naturforschern gemolken zu werden. Spannend wurde es auch beim Naturquiz. Es war gar nicht so leicht, anhand verschiedener Holzstücke den richtigen Baum zu erkennen oder Pilze beim Namen zu nennen. Wer von den Kindern im Gesundheitsamt professionell „verarztet“ wurde, erntete von den Kollegen großes Mitleid. So mancher erwachsene Begleiter musste nämlich den Rest des Tages mit einem perfekt angelegten Kopfverband herumlaufen.

Hoch hinaus mit der Feuerwehr

Einer der Höhepunkte war natürlich die Besichtigung eines Feuerwehrautos, das direkt vor dem Landratsamt abgestellt war. Wer ganz mutig war, konnte sogar mit der Drehleiter in die Lüfte fahren und von außen einen Blick ins Büro der Landrätin werfen. Natürlich durfte die Kinder Landrätin Johanna Rumschöttel auch in ihrem Büro besuchen und sogar an ihrem Schreibtisch sitzen. Ob sie ihr allerdings viel Arbeit abgenommen haben, bleibt ein Geheimnis.

Im wahrsten Sinne des Wortes zauberhaft war auch das gemeinsame Mittagessen im Festsaal des Landratsamtes. Quasi als „Nachspeise“ verzauberte der Magier Rachedi die kleinen Entdecker.

Ein voller Erfolg

Am Ende konnten alle Kinder noch einen Blick in das Büro ihres Elternteiles werfen, um ganz genau zu sehen, wo Mama oder Papa einen Großteil des Tages verbringen. Nicht nur den Kindern hat der Besuch im Landratsamt großen Spaß gemacht, auch die Organisatoren waren mit der Resonanz rundum zufrieden.



Gruppenfoto mit Landrätin Johanna Rumschöttel.

Würzburger Bürgersozialpreis 2010

Bei seiner kurzen Dankesrede war Martin Wycislok, einer der beiden Bürgersozialpreisträger 2010, gleich wieder in seinem Element. „Wir brauchen zurzeit dringend eine 4-Zimmer-Wohnung für eine tolle armenische Familie“, nutzte der Ausgezeichnete die seltene Möglichkeit vor einem vollen Ratssaal sprechen zu können.

Gerade diese Direktheit und Einsatzfreude hatte Oberbürgermeister Georg Rosenthal zuvor in seiner Laudatio gelobt: „Herr Wycislok ist da, wo Tag für Tag kleine Hilfen gebraucht werden. Sein Kopierladen im Mainviertel hat sich zu einem Kommunikationszentrum entwickelt, das bis weit in die Zellerau und auch ins Rathaus hinein Wellen schlägt.“ Das aktive Mitglied bei VIVOVOLO e.V. kümmert sich nicht nur um die interkulturelle Zusammenarbeit, er bietet auch Sprechstunden, organisiert Vorträge und Lesungen. Auch wenn sein besonderes Augenmerk benachteiligten Jugendlichen gilt, findet er auch Zeit Impulse bei Umweltthemen oder in Sachen Denkmalschutz zu setzen.

Zahlreiche Verdienste

Auch Marianne Müller, ehemalige Leiterin des BBZ für Hauswirtschaft, erhielt die mit 750 Euro dotierte Auszeichnung für ihren steten ehrenamtlichen Einsatz. Auf Blumen bei der Preisverleihung verzichtete sie mit dem Hinweis, dafür könne man schon wieder ein Paar Kinderschuhe kaufen. Müller

engagiert sich seit vielen Jahren für Menschen, die von der Gesellschaft an den Rand gestellt werden. Sozialreferent Robert Scheller trug ihre Verdienste vor und lobte die „Hartnäckigkeit“ der engagierten Bürgerin und Christin. Immer neue ehrenamtliche Projekte hat Müller initiiert. So beispielsweise die „Schülerzeit“. Ein Kreis von rund 30 Freiwilligen hilft seit drei Jahren Grund- und Hauptschülern bei den Hausaufgaben und hat auch ein Ohr für außerschulische Herausforderungen. Gesund kochen bei einer kleinen Haushaltskasse durch Hartz-IV oder mit den Lebensmitteln der Würzburger Tafel - auch dieses praktische Beratungsangebot Müllers in der Clara-Oppenheimer-Schule fand großen Anklang. Seit kurzem hilft sie zudem Bewohnern der Gemeinschaftsunterkunft bei der Suche nach einer eigenen Wohnung und den ersten Schritten in einer größeren Freiheit.

Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, betonte als Festredner des Abends: „Die Preisträger begreifen ihren Stadtteil. Je mehr sozia-

Landesaussstellung 2016:

„Bier in Bayern“ in Aldersbach

Die große Bayerische Landesaussstellung „Bier in Bayern“ 2016 anlässlich des 500-jährigen Jubiläums des bayerischen Reinheitsgebotes findet im niederbayerischen Aldersbach statt. Dies gab Kunstminister Wolfgang Heubisch in München bekannt: „Aldersbach ist geradezu idealtypisch für die Geschichte als auch für die Gegenwart des ‚Lebensmittels‘ Bier in Bayern. Die Bewerbung der Aldersbacher war so überzeugend, dass die Entscheidung, der Jury einstimmig war.“

Das ehemalige Zisterzienserkloster im Passauer Land ist berühmt für seine Asamkirche, die ihre Entstehung auch der Brautradition vor Ort verdankt. Der komplett erhaltene Klosterkomplex zeigt die als typisch bayerisch wahrgenommene Verbindung von „Bier und Barock“. Bis heute existiert die Brauerei der Freiherren von Aretin. Und bereits jetzt ist Aldersbach ein bekannter Ausflugsort mit hohem touristischem Potential, gelegen in der niederbayerischen Golf- und Thermenregion.

Mit hohem Aufwand wurde der Komplex in den vergangenen Jahren instand gesetzt. Besonders reizvoll beurteilten die Mitglieder der Jury die Möglichkeit, die Landesaussstellung in Aldersbach international zu gestalten. Schließlich liegen Tschechien und Oberösterreich in unmittelbarer Nähe und die Bierbeziehungen waren seit jeher eng. Nicht umsonst stammt der Erfinder der originalen

les Kapital in einem Stadtteil vorhanden ist, umso stabiler wird dieser.“ Röbbke zeigte auf, wie eng Bürgergesellschaft und Stadtentwicklung miteinander verzahnt sind und lobte Würzburg als „Hauptstadt der Selbsthilfe“. Hier gebe es viele gute Beispiele einer gesunden Mischung aus Haupt- und Ehrenamt zum Beispiel im Bereich der Pflege. Die Stadt Würzburg hat auf Initiative der Stadträtin Micaela Potrawa die Auslobung des Bürgersozialpreises 2007 erstmalig vorgenommen. Organisiert wird der Abend vom Aktivbüro der Stadt Würzburg.

Pilsener Brauerei Joseph Groll aus dem nahen Vilshofen. Und selbst das Weißbier begann seinen Siegeszug im Bayerischen Wald nahe der böhmischen Grenze.

„Die Allianz quer durch den ganzen Landkreis gemeinsam mit der Gemeinde Aldersbach war ein großartiges Signal für die Jury, dass das Passauer Land der ideale Partner für die Landesaussstellung 2016 ist“, zeigte sich Landrat Franz Meyer in einer ersten Stellungnahme überzeugt. Ob Oberösterreich, Südböhmen, ob die Nachbarregionen, alle hätten ihre Solidarität mit den Aldersbachern gezeigt – „das hat Eindruck gemacht!“ Wichtige Unterstützer seien auch Prof. Dr. Gerhard Waschler vom Förderverein Kloster Aldersbach und MdL Bernd Sibling, Vorsitzender im Hochschulausschuss des Landtags, gewesen. Landrat Meyer: „Wir sind als Team angetreten und haben als Team gewonnen.“

Bayern blicke nunmehr gespannt auf Aldersbach, hob Meyer hervor. Die Landesaussstellung 2016 werde weit über den Landkreis hinaus wirken und könne damit ein Motor für die Weiterentwicklung der ganzen Region sein. Bereits die Asam-Ausstellung vor knapp 25 Jahren habe einen enormen Schub für Aldersbach und die Region ausgelöst. „Schon damals haben die Aldersbacher bewiesen, was sie können.“ Und auch jetzt werde das ganze Passauer Land zusammenstehen, „damit auch die Landesaussstellung zu einem nachhaltigen Ereignis für die Region wird.“ DK

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 16. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- EDV, Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 38 89-0 | Fax 093 38 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik - Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326/502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!